Die Zukunft.

Socialistische Revue.

Herausgegeben unter Mitwirkung von

J. Ph. Becker (Genf), A. Bebel, E. Bernstein, Louis Bertrand (Brüssel), W. Blos, Dr. K. Brunnemann, Dr. Ludw. Büchner, B. Collin (Basel), J. Dietzgen, Dr. A. Douai (Irvington, U. S.), Dr. A. Dulk, H. W. Fabian, L. Frankel (Budapest), A. Freeman (Wien), A. Geib, Br. Geiser, P. Gerbier (Paris), Dr. Gnocchi (Mailand), H. Greulich (Zürich), P. Grottkau (Chicago), Jules Guesde (Paris), W. Hasenclever, K. Hirsch, P. Lawroff (Paris), Dr. M. Lehn, W. Liebknecht, Jacquette Liljenkrantz (Kopenhagen), Dr. Bol. Limanowski (Lemberg), P Lossau, C. Lübeck (Zürich), B. Malon (Lugano), Joh. Most, Dr. A. Mülberger, M. Neisser, Dr. de Paepe (Brüssel), Dr Prowe, E. Reinthal (Graz), M. Rittinghausen, J. Rüedy (Chaux-de-Fonds), Reinh. Rüegg (Zürich), Ed. Sack, A. Scheu (Edinburgh), Max Schlesinger, Dr. med. Stamm, Dr. Geo. Stiebeling (New-York), G. Vollmar, Dr. F. Wiede (Zürich), J. Zuppinger (Baden, Schweiz).

Erster Jahrgang. Heft 12. 15. März 1878.

Inhaltsverzeichniß.

Das Ricardo'sche Lohngesetz 337
Die sociale Lage in Italien. Von Benoît Malon. (Schluß) . . 347
Der Socialismus und das Landvolk. Eine Antwort auf Dr. Mülberger's Kritik und Vorschläge 352
Zur Frage des staatlichen und communalen Gewerbebetriebes . . . 361
Zur wirthschaftlichen Krisis 363
Recensionen 368

Berlin SO., 1878.

Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)
Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Einzelne Nummern der „Zukunft" kosten 25 Pf.

Das Ricardo'sche Lohngesetz.

Bekanntlich hat Lassalle in seinem Offenen Antwortschreiben an das Central-Comité zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiter-Congresses auf das ökonomische Lohngesetz verwiesen und dasselbe in folgenden Worten formulirt:

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den nothwendigen Lebensunterhalt reducirt bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tageslohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitirt, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben, noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben, — denn sonst entstünde durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterehen und der Arbeiterfortpflanzung, eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebots von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

„Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen nothwendigen Lebensunterhalt fallen, denn dann entstehen — Auswanderungen, Ehelosigkeit, Enthaltung von der Kinderzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeiterhänden noch verringert und den Arbeitslohn daher wieder auf den früheren Stand zurückbringt."

Auf die Autorität des Herrn Max Wirth hin, der von diesem Gesetz gesagt hatte, es sei ein „faules Ricardo'sches Gesetz", erhob sich ein Streit über die Richtigkeit desselben, der bis jetzt noch nicht ausgetragen ist und schwerlich ganz ausgetragen werden wird. Von socialistischer Seite wird häufig mit zu großer Einseitigkeit auf dies Gesetz verwiesen und dabei übersehen, daß immerhin Umstände vorkommen, welche die unbestreitbare Wirksamkeit desselben abschwächen und es fast niemals rein zur Geltung kommen lassen. Der Glaube an die unumstößliche Richtigkeit dieses Gesetzes benimmt den Arbeitern vielfach den klaren Blick, so daß sie nicht einmal bemerken, daß fast jede neue Erfindung, durch welche menschliche Arbeitskraft erspart werden kann, dies Gesetz durchbricht. Sobald eine Maschine es möglich macht, die bisher von einem erwachsenen Arbeiter verrichtete Production durch Frauen oder Kinder vornehmen zu lassen, tritt nicht nur eine sofortige Vermehrung des Angebots von Arbeitskraft ein, sondern es erfolgt zu gleicher Zeit eine Verminderung des reellen Werthes der männlichen Arbeitskraft, welche Werthverminderung sich natürlicher Weise im Preise, im Arbeitslohn, geltend macht. Nach dem Lohngesetz soll der Lohn so hoch sein, daß der Arbeiter damit nicht nur

sich selbst, sondern auch seine Familie zu ernähren im Stande ist; sobald nun aber die Arbeiterfamilie nicht mehr auf den Lohn des Mannes allein angewiesen ist, weil auch Frau und Kind schon verdienen, d. h. für Lohn arbeiten, muß der Werth der im ganzen Lande vorhandenen männlichen Arbeitskraft gerade um so viel geringer werden, als durch die Frauen- und Kinderarbeit zur Erhaltung der Arbeiterfamilien beigetragen wird.

Andererseits darf doch auch nicht verschwiegen werden, daß die Löhne in den verschiedenen Productionszweigen, in welchen Arbeiter beschäftigt werden, sehr verschieden sind. Es treten auch in dieser Richtung Modificationen des Gesetzes zu Tage, welche man um so offener anerkennen muß, als sie gerade von den Gegnern benutzt werden, um an diesen Ausnahmefällen die Hinfälligkeit des ganzen Lohngesetzes zu demonstriren.

In dem mit so vielem Eifer geführten Streit um dies Lohngesetz wird dasselbe von Freund und Feind fast immer das Ricardo'sche Lohngesetz genannt und doch verdient es diese Bezeichnung durchaus nicht, da es lange vor Ricardo schon von Adam Smith entwickelt worden ist. Auch Ricardo hat es scharf formulirt; bei ihm tritt aber die Lohnhöhe, welche ihrem Werthe nach gleich ist den Subsistenzmitteln, entschieden zurück gegen ein anderes Moment, welches er besonders betont und von seinem Standpunkte auch betonen muß.

Nach Ricardo's Anschauungen muß der Werth aller Rohproducte immer mehr steigen, während der Werth aller aus den Rohproducten angefertigten Waaren fortwährend kleiner wird. Mit anderen Worten: Es gehört im Laufe der Zeit immer mehr menschliche Arbeit dazu, um das zur Erhaltung der Gesellschaft nothwendige Quantum von Rohstoffen zu gewinnen, während die Verarbeitung dieser Rohstoffe zu Genußmitteln immer weniger menschliche Arbeit in Anspruch nimmt. Diese Anschauung ist eine nothwendige Consequenz der Ricardo'schen Grundrententheorie.

Unter Grundrente versteht Ricardo das Geld, welches der Grund-Eigenthümer für die Benutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte seines Bodens erhält. Er geht von der unzweifelhaft richtigen Thatsache aus, daß es in jedem Lande Boden von verschiedener Fruchtbarkeit gebe und nimmt — irrthümlicherweise — an, daß man zur Gewinnung des nöthigen Bedarfs an Getreide 2c. immer den fruchtbarsten Boden zuerst benutzt habe. Wenn nun durch die Zunahme der Bevölkerung der Bedarf an Getreide steigt, muß auch Boden zweiter Klasse zum Getreidebau verwendet werden, also Boden, der in Folge seiner geringeren Productivkräfte bei gleich großem Aufwand von Kapital und Arbeit weniger Ertrag liefert, als der Boden erster Klasse. Steigt die Bevölkerung noch mehr, so muß auch Boden dritter Klasse in Angriff genommen werden u. s. f., so lange der für das gewonnene Getreide erzielte Preis noch die Productionskosten desselben, also den Arbeitslohn nebst dem ortsüblichen Unternehmergewinn und Kapitalzins, deckt.

Bringt der Boden IV. Klasse 4 Scheffel, der III. Klasse 6 Scheffel, der II. Klasse 8 Scheffel, der I. Klasse 10 Scheffel Getreide bei gleich großem Aufwand von Kapital und Arbeit, so erhält der Besitzer des Bodens I. Klasse den Preis von 6 Schffl., der Besitzer des Bodens II. Klasse den Preis von 4 Schffl., der Besitzer des Bodens III. Klasse den Preis von 2 Schffl. als Ertrag der ursprünglichen unzerstörbaren Kräfte seines Bodens bezahlt. Diese Differenz bildet nach Ricardo die Grundrente.

Nach dieser Anschauung von dem Wesen der Grundrente, deren Richtigkeit hier nicht erörtert werden soll, muß der Preis des Getreides fortwährend steigen. Denn wenn man ursprünglich durch eine

bestimmte Menge von Arbeit 10 Scheffel Getreide erzeugen kann und später ebensoviel Arbeit aufwenden muß, um 4 Scheffel zu gewinnen und diese 4 Scheffel noch erzeugt werden müssen, um den gesellschaftlichen Bedarf zu decken, so richtet sich der Werth des Getreides nicht nach den unter den günstigsten Productionsbedingungen, sondern nach dem durchschnittlich zur Deckung des Bedarfs aufgewendeten Quantum nothwendiger Arbeit. Sobald also Boden von geringerer Fruchtbarkeit benutzt werden muß, wird der Durchschnittswerth jedes einzelnen Scheffels Getreide höher sein, weil zur Erzeugung mehr menschliche Arbeit nothwendig war, als wenn der Ertrag des fruchtbarsten Bodens zur Befriedigung des Consumtions-Bedürfnisses ausreicht.

Wenn nach dieser Anschauung immer mehr Arbeit zur Gewinnung der Rohproducte, besonders der Nahrungsmittel, aufgewendet werden muß, während die weitere Verarbeitung zu Manufactur- und Luxus-Waaren eine immer kleiner werdende Quote der Gesammt-Arbeit in Anspruch nimmt, so kann die Wirkung auf den Arbeitslohn keine andere sein, als sie Ricardo annimmt.

Er hebt besonders hervor, die Möglichkeit, daß der Arbeiter sich und seine Familie zu ernähren im Stande sei, hänge nicht von der Höhe seines Geldlohnes ab, sondern von der Quantität Lebensmittel, Kleidung, Wohnung ꝛc., an die er sich gewöhnt habe und die er für seinen Arbeitslohn einzukaufen im Stande sei. Der Arbeitslohn hängt also innig zusammen mit dem Preise der Lebensmittel. Ein Steigen oder Fallen der Preise dieser zum Unterhalt der Arbeiter nöthigen Gegenstände erhöht oder verringert daher den natürlichen Preis der Arbeit, d. h. den Werth der Arbeitskraft.

Erfahrungsgemäß verbrauchen die Arbeiter den weitaus überwiegenden Theil, 60—75 pCt. ihres Lohnes, zum Ankauf von Nahrungsmitteln, der Rest muß zur Bestreitung der Ausgaben für Wohnung, Kleidung ꝛc. ausreichen. Die in den großen Städten eingetretene Theuerung der Wohnungsmiethen kann unberücksichtigt bleiben, da wir es hier nur mit dem Verhältniß der Ausgaben für Lebensmittel zu den Ausgaben für Manufactur-Waaren zu thun haben. Steigt nun der Preis der Lebensmittel constant, so geht daraus hervor, daß auch der Betrag der Löhne, welche ja in der Hauptsache zum Ankauf dieser Lebensmittel verwendet werden müssen, im Verhältniß zu dem Gesammt-Einkommen der Nation immer größer werden muß. Es ist dabei durchaus nicht nothwendig, daß die wirthschaftliche Lage der Arbeiter eine bessere werde; selbst bei bedeutend steigendem Geldlohn kann der für den Ankauf der Lebensmittel aufzuwendende Theil desselben so groß sein, daß die eingetretene Lohnsteigerung ohne allen Effect auf die dafür einzukaufende Menge der Genußmittel bleibt.

„Im nämlichen Verhältniß — sagt Ricardo — in welchem das Getreide theurer wird, erhält der Arbeiter eine geringere Quantität Getreide als Arbeitslohn, aber sein Arbeitslohn in Geld steigt immer, während er sich dafür nicht mehr Genüsse verschaffen kann, als vorher. Denn auch andere Artikel werden im Preise steigen, je nachdem zu ihrer Production rohe Producte erforderlich sind, und er wird sie also auch theurer bezahlen müssen. Thee, Zucker, Seife, Licht ꝛc. kommen ihm vielleicht nicht theurer zu stehen; aber Speck, Käse, Butter, Leinwand, Schuhwerk und Kleidung dürften ihm desto mehr kosten, und folglich ist, ungeachtet seines vermehrten Arbeitslohns, seine Lage verhältnißmäßig schlimmer geworden."

Nach dem Ricardo'schen Lohngesetz bleibt der Arbeitslohn also nicht auf dem zur Erhaltung der Arbeiterklasse nothwendigen Minimum von Lebensmitteln stehen; in Folge der immer zunehmenden Theurung

der Nahrungsmittel muß vielmehr auch ein immer größerer Theil des Arbeitslohnes zum Ankauf von Nahrungsmitteln verwendet und dadurch die Kaufkraft der Arbeiter für andere Gebrauchs-Gegenstände immer mehr geschwächt werden. Andererseits muß aber auch der Arbeitslohn einen immer größer werdenden Theil des Gesammt-Arbeits-Ertrages ausmachen, der Kapital-Profit also verhältnißmäßig immer kleiner werden.

Diese mit logischer Consequenz entwickelten Schlußfolgerungen verlieren allen Halt, sobald der Bedarf an Nahrungsmitteln nicht nothwendig dahin führt, daß immer unfruchtbarerer Boden zum Getreidebau verwendet werden muß. Und das ist in der That nicht der Fall. Ganz im Gegentheil zu der Annahme Ricardo's führt der Getreidebedarf dazu, Boden in Cultur zu nehmen, der weit höhere Ernte-Erträge liefert, als der bisher besäete Acker. So paradox diese Behauptung im ersten Augenblick erscheint, so unzweifelhaft richtig ist sie doch, und zwar läßt sich ihre Richtigkeit nicht nur statistisch nachweisen, sondern man kann auch culturgeschichtlich zeigen, daß der fruchtbarste Boden immer erst zuletzt urbar gemacht werden konnte.

Es ist allgemein bekannt, daß Boden, der nur aus mineralischen Bestandtheilen besteht, durchaus unfruchtbar ist; je mehr in Verwesung übergegangene Pflanzentheile dagegen im Boden enthalten sind, um so reicher ist seine Vegetation. Wir führen dem Acker Dünger zu, pflügen Buchweizen und Lupinen im grünen Zustand um, nur zu dem Zweck, dem Boden neue Pflanzenbestandtheile beizumischen. Die organischen Verbindungen, welche dem Boden seine Tragbarkeit geben, sind im Wasser löslich, sie werden durch die natürlichen Niederschläge aufgelöst und mit dem Wasser fortgeschwemmt. Daher finden wir die Bergkuppen steril, die Thäler, nach welchen das Wasser die löslichen Bestandtheile des Bodens und den Mutterboden selbst hinweggeschwemmt hat, fruchtbar. Ein Vergleich des auf der Höhe gelegenen Bodens mit dem in der Niederung unserer Flüsse zeigt, wie sehr die Fruchtbarkeit an den tiefer gelegenen Stellen überwiegt. Aber selbst auf der Höhe oder in dem Flachland macht sich die Einwirkung, welche das abfließende Wasser ausübt, immer bemerkbar. Jeder Bauer benützt die nächste Umgebung seiner tiefliegenden Wiesen zum Gemüse- und Kohlbau; der dort befindliche schwarze und humusreiche Boden ist für den Anbau dieser, viele Nahrung verbrauchenden und dafür auch wieder spendenden Pflanzen besonders geeignet. Der Schlamm aus den Teichen und Flüssen gilt mit vollem Recht als werthvoller Dünger, weil sich in ihm eine große Menge von Pflanzennahrung abgelagert hat.

Die am tiefsten liegenden Stellen haben naturgemäß die stärkste Humusschicht, bilden also den fruchtbarsten Boden. Aber gerade auf diesen Stellen bleibt auch das Wasser stehen, hier bilden sich Teiche und Sümpfe, welche die Benutzung der Erdkrume zu landwirthschaftlichen Zwecken unmöglich machen.

In früheren Jahrhunderten war bei der damals noch vorherrschenden Bewaldung ein bei weitem größerer Theil der Erdoberfläche versumpft, als heute. Die mit der zunehmenden Bevölkerung gleichen Schritt haltende Lichtung und Ausrodung der Wälder hat den Sonnenstrahlen und Winden die Möglichkeit gegeben, das Wasser zu verdampfen; die Sümpfe sind ausgetrocknet und aus total unfruchtbarem Boden sind fruchtbare Ackerflächen entstanden. Nirgendwo auf der Erde hat der Mensch diesen, durch den Zufluß des mit Düngestoffen geschwängerten Wassers besonders fruchtbar gemachten Acker zuerst in Cultur nehmen können; überall hat er auf dem leichteren, höher gelegenen und daher trockeneren Boden seine Wohnung aufgeschlagen, das zunächst liegende

Feld urbar gemacht und zum Anbau von Cerealien benutzt. Denn der nasse und sumpfige Boden muß erst durch Ausrodung des Waldes und durch Anlegung von Abzugsgräben dem Wasser abgerungen werden, wohingegen das dürftigere Höheland nach Beseitigung des spärlichen Baumwuchses, die wegen der dort herrschenden Trockenheit durch Abbrennen zu erzielen ist, sofort bestellt werden kann.

Die erste Ansiedelung auf dem Höheboden war aber auch durch die Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Ansiedler selbst geboten. Die Sumpfluft erzeugt bekanntlich Fieberkrankheiten, welche in den häufigsten Fällen nur durch Luftveränderung beseitigt werden können. Es ist daher leicht erklärlich, daß die Erfahrung bald gelehrt hat, den gesunden Höhenstrich, auf dem ohnehin leichter und schneller Erfolg von den Arbeiten des Ackerbaues zu erwarten war, als passendere Gelegenheit zur Ansiedelung anzusehen, als die niedrig gelegenen fieberschwangeren Thäler.

Der Gang der Ansiedelung in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Mexico, Westindien, Südamerika und Indien bestätigt obige Behauptung. Ueberall ist der Mensch den Flußläufen gefolgt, hat aber seine Wohnplätze zuerst auf dem gesunden Höheboden aufgeschlagen. Das läßt sich auch in den alten Culturstaaten Europas zweifellos nachweisen. Denn es ist erst durch die anhaltende Arbeit vieler Generationen möglich geworden, dem Wasser einen Theil des fruchtbaren, indeß vollständig versumpften Bodens abzugewinnen; aber noch jetzt liegt der beste, die reichsten Getreide-Ernten versprechende Acker in den durch ihr Klima vorzugsweise zum Getreidebau geeigneten Ländern wie Ungarn, Südrußland, Nordamerika culturlos da; die in ihm enthaltenen, fast unerschöpflichen Massen von Pflanzen-Ernährungsstoffen werden nach durchgeführter Entwässerung allein mehr Menschen, als heute in jenen Ländern leben, mit Getreide versorgen können.

Auch bei uns in Deutschland macht uns das Wasser den fruchtbarsten Boden noch immer streitig. Unsere Flußniederungen, das Oderbruch, Warthe- und Netzebruch, das Weichselsdelta, sind erst Ende des vorigen Jahrhunderts besiedelt worden; die Ueberschwemmungen der Flüsse machen die regelmäßige Beackerung des Bruchbodens unmöglich; später werden geeignete Flußregulirungen und Dammbauten den Ueberfluthungen ein Ziel setzen und diese humusreichen Fluren dem Ackerbau erschließen.

Aber auch abgesehen von den Flußniederungen ist gerade der beste Weizenboden, der fette Lehmboden in den östlichen Provinzen noch lange nicht genügend entwässert, so daß weite Strecken entweder gar nicht, oder doch nur ungenügend und nicht rechtzeitig bestellt werden können. Es fehlt den Besitzern meist an dem Kapital, um den Boden zu drainiren, d. h. durch in die Erde eingelegte Thonröhren zu entwässern; einen Theil der Schuld trägt aber auch der Staat, welcher es versäumt hat, durch ein umfassendes, die Entwässerung erst ermöglichendes Vorfluthgesetz die Grundbesitzer zu zwingen, den von den angrenzenden Aeckern abzuleitenden Wassermassen Abfluß durch ihre Grundstücke zu verschaffen.

Thatsächlich wird also noch heute der ertragreichste Boden gar nicht zum Getreidebau verwendet; nur durch allmählich fortschreitende Culturarbeit der Staaten und Gemeinden können die großartigen Entwässerungs- und Bewässerungs-Anlagen geschaffen werden, welche, wenn einmal vorhanden, einen Ueberfluß von Nahrungsmitteln zu erzeugen im Stande sind.

Ricardo's Annahme, daß immer mehr Arbeit zur Gewinnung der nothwendigen Nahrungsmittel aufgewendet, und daß hierdurch der Getreidepreis und mit ihm der Geldlohn der Arbeiter beständig in

die Höhe getrieben werden müsse, beruht somit auf einer falschen Voraussetzung. Es wird also auch der Theil seines Lohngesetzes hinfällig, nach welchem der Arbeitslohn eine immer größer werdende Quote vom Gesammt-Arbeits-Ertrage in Anspruch nehmen soll.

Liegt nun auch hier in Folge einer falschen Vorstellung von der Productivität der landwirthschaftlichen Arbeiten ein schwerwiegender Irrthum vor, so muß doch anerkannt werden, daß die Idee, den Gesammt-Arbeitslohn in ein Verhältniß zum Gesammt-Arbeits-Ertrag zu setzen, von bahnbrechender Bedeutung gewesen ist. Freilich hat die bürgerliche Volkswirthschaft mit dieser Idee bisher nichts anzufangen gewußt, da sie ja überhaupt noch wenig oder gar nicht dahin gekommen ist, wirkliche Volkswirthschaft zu dociren. Ueberall geht die Wissenschaft von den Begriffen der Privat-Wirthschaft aus, das Volk ist ihr nur eine durch Addition einzelner Personen entstandene Zahl von Individuen; die Volkswirthschaft nur ein Conglomerat von Einzelwirthschaften. Es ist geradezu komisch, in welch' inneren Widerspruch sich der heutige Liberalismus hierdurch mit sich selbst setzt. Während alle seine Kundgebungen in der Politik, der Gesetzgebung, dem öffentlichen Leben förmlich von nationaler Begeisterung triefen, scheint er gar keine Ahnung davon zu haben, daß das Leben und die Existenz einer Nation ebenso sehr von wirthschaftlichen Vorbedingungen abhängig ist, wie Leben und Existenz jedes einzelnen Individuums. Er übersieht ganz und gar, daß jede staatlich und wirthschaftlich geeinte Nation durch ihre Gesetzgebung und durch die Art und Weise, wie sie für die öffentlichen Verkehrsanstalten sorgt, wie sie ihre Finanzen verwaltet, ihren öffentlichen Credit in Anspruch nimmt, wie sie ihre Steuern erhebt und verwendet und durch viele andere Maßregeln der Gesammtheit — eminenten Einfluß auf die Gesammt-Production und auf die Vertheilung des Gesammt-Products auszuüben im Stande ist und auch thatsächlich ausübt. Eine Wissenschaft, welche die Gesetze der Nationalökonomie, der Volkswirthschaft zu erforschen beabsichtigt, müßte also vor allen Dingen zuerst die Gesammtwirthschaft der Nation, des betreffenden Volkes, in's Auge fassen; sie müßte ausgehen von der Betrachtung der Productionsmittel und der Productionsbedingungen, welche in Folge der thatsächlichen Verhältnisse herrschen, sie müßte den Austausch der Producte der verschiedenen Landestheile, den durch Gesetz und Gewohnheit entstandenen Unterschied von Stadt und Land und seine Wirkung auf die Gesammt-Production prüfen; sie müßte ferner untersuchen, in welcher Weise sich der Austausch der Landesproducte gegen die Producte anderer Nationen vollzieht, durch welche Umstände er beeinflußt wird und ob dieselben zum Vortheil oder Nachtheil des betreffenden Volkes ausschlagen. Eine wahre Volkswirthschaft müßte die Gesetze zu ergründen suchen, welche die Vertheilung des Gesammt-Arbeits-Ertrages thatsächlich regeln und vernünftiger Weise regeln sollten; sie müßte die Schäden der Wirthschaft in der Production, der Vertheilung und der Consumtion bloslegen und Mittel zur Abhülfe erforschen.

Von all' diesen Aufgaben einer wirklichen Volkswirthschaftslehre findet man in den Werken unserer Gelehrten so gut wie gar nichts. Die Epigonen der Say-Bastiat'schen Schule haben in ihrer Atomisirung der von ihnen fälschlich noch Volkswirthschaft genannten Lehre sogar vergessen, daß schon der Name der Wissenschaft auf eine Einheitlichkeit der Wirthschaft eines Volkes hinweist. Das ist so weit gegangen, daß der bedeutendste deutsche Vertreter dieser Schule, Prince-Smith, sogar den Ausdruck „Volkseinkommen" perhorrescirt hat.

„Hauptsächlich haben wir Verwahrung dagegen einzulegen," schrieb er in seiner Entgegnung auf Johann Jacoby's Rede über die Ziele der Arbeiter-Bewegung, „daß überhaupt von Vertheilung des Volkseinkommens geredet wird. Thatsächlich giebt es gar kein Volkseinkommen, sondern Jeder im Volke hat sein besonderes Einkommen; und nur wenn man, behufs eines statistischen Ueberschlags, die Einzeleinkommen zusammenzählt, hat man zwar die Vorstellung eines Volkseinkommens, aber die Sache selbst ist doch nirgends beisammen; blos als Sammelwort giebt es ein „Volkseinkommen". Jedermann erwirbt doch sein besonderes Einkommen, und ist ebenso wenig bereit, einem Anderen einen Anspruch auf Theilnahme daran ohne Gegenleistung einzuräumen, als er berechtigt wäre, von dem Einkommen eines Anderen eine Abgabe ohne Ersatz zu fordern. Wenn man hierbei nicht buchstäblich, sondern selbst nur bildlich von einem Vertheilen des Volkseinkommens redet, so müssen wir uns sogar dagegen verwahren; denn man stellt dabei unser Geschäftsleben unter dem Bilde eines Communismus dar, der den directen Gegensatz der Wirklichkeit bildet, und schafft dadurch verkehrten Vorstellungen Eingang."

Wenn nun auch der wirthschaftliche Liberalismus in der Verflachung der National-Oekonomie das Möglichste geleistet hat, so ist die Wissenschaft, Dank den Vertretern des Socialismus, darum doch nicht stehen geblieben. Es ist ein Socialist und Gelehrter ersten Ranges, Rodbertus, der den Gedanken von Ricardo wieder aufgenommen und untersucht hat, in welchem Verhältniß der Gesammt-Arbeitslohn zu dem Gesammt-Einkommen steht, und in welcher Richtung die Größe dieser Quote sich entwickelt. Das sich ergebende Resultat läuft dem von Ricardo angenommenen schnurstracks zuwider.

„Die Vertheilung des Nationalproductes nach den „natürlichen" Gesetzen des Tauschverkehrs bringt es mit sich, daß bei steigender Productivität der Arbeit der Lohn der Arbeiter ein immer kleinerer Antheil am Product wird."

Der Beweis für dieses epochemachende Gesetz ist von Rodbertus bereits im Jahre 1850 in überzeugender Weise beigebracht worden; da inzwischen nun aber ein dabei nothwendiges Moment, der Werth der Arbeit, durch die Untersuchungen von Carl Marx in schärferer Weise präcisirt worden ist, ziehen wir es vor, nicht streng den Beweisformeln von Rodbertus zu folgen, zumal dieselben durch die Marx'schen Definitionen nur ergänzt und erläutert, in keiner Weise aber angefochten werden.

Stellen wir uns die Klasse der Lohnarbeiter als eine festgeschlossene Corporation, als einen großen Gesammt-Arbeiter vor, dem Grundbesitzer, Kapitalisten und Unternehmer ebenfalls als eine einheitliche Gesammtheit gegenüberstehen. Nach den „natürlichen" Gesetzen des Tausches, wie Rodbertus sich spottend ausdrückt, bestimmen Nachfrage und Angebot den Preis jeder Waare. Steigende Nachfrage treibt den Preis in die Höhe und verlockt dadurch zu stärkerer Production der über den Werth der Productionskosten bezahlten Waare und verursacht daher Einstellung der Production. Der Preis jeder Waare hat demnach die Tendenz sich den Productionskosten gleichzustellen; ideell gedacht, fällt Preis und Werth in dem Augenblick zusammen, in welchem Nachfrage und Angebot sich die Wage halten.

Unterstellt man diesen Zustand, so erhält der Gesammtarbeiter den wirklichen Werth seiner Waare, der Arbeitskraft, im Lohne ausgezahlt. Der Werth seiner Arbeitskraft ist genau so groß, wie der Werth aller Lebensmittel, welche zur Erhaltung des Gesammtarbeiters seiner Familie und seiner Kinder nothwendig sind. Er kauft sich für den erhaltenen

Lohn diese nothwendigen Lebensmittel, d. h. also, bei der Vertheilung des Gesammt-Einkommens der Nation erhält der Gesammt-Arbeiter ein bestimmtes Quantum von Waaren. Dieses Quantum richtet sich nun nicht nach der Menge der geleisteten Arbeit, auch nicht nach der Menge der erzeugten Producte, sondern nach der auf das Nothwendige beschränkten Consumtion des Arbeiters. Es bleibt sich also gleich, ob der Arbeiter viel oder wenig Gebrauchswerthe hergestellt hat, ob in diesen Gebrauchswerthen viel oder wenig Arbeitszeit zu Tauschwerth kristallisirt ist; es bleibt sich gleich, ob der dem Gesammt-Kapitalisten zufallende Theil des Einkommens groß oder klein ist.

Durch die fortschreitende Erkenntniß der Naturkräfte und durch ihre Einspannung in den Dienst des Menschen wird die Productivität der Arbeit erhöht, d. h. es wird bei gleich großem Aufwand von Arbeit mehr Product fertig gemacht. Die Nähmaschine z. B. vermehrt die Productivität der Arbeit der Näherin, indem sie dieselbe befähigt, anstatt 30 Stiche 300 Stiche in der Minute zu machen. Wird also die Productivität der Arbeit im Ganzen oder im Einzelnen, in allen oder auch nur in gewissen Productionszweigen vermehrt, so wird hierdurch das Quantum von Genußmitteln vergrößert, welches das Gesammt-Einkommen der Nation bildet und zur Vertheilung kommt.

Der Antheil, der dem Gesammt-Arbeiter zufällt, ist eine bestimmte Quantität, nicht eine bestimmte Quote der verschiedenen Arbeitsproducte. Sind x Maße Lebensmittel, y Maße Kleidungsstücke, z Maße Wohnungen producirt worden, und beträgt der zur Erhaltung der Arbeiter nothwendige Bedarf genau die Hälfte, so erhalten die Arbeiter wie die Kapitalisten je $\frac{x}{2}$ Maße Lebensmittel, $\frac{y}{2}$ Maße Kleidungsstücke und $\frac{z}{2}$ Wohnungen. Die Productivität der Arbeit soll sich nun bei Erzeugung der Lebensmittel und Kleidungsstücke verdoppelt haben, bei Herstellung der Wohnungen gleich groß geblieben sein. Das Gesammt-Product besteht also nun aus 2 x Lebensmitteln, 2 y Kleidungsstücken und z Wohnungen. Die Quantität, welche der Arbeiter erhält, bleibt gleich groß; er erhält jetzt wie früher $\frac{x}{2}$ Lebensmittel, $\frac{y}{2}$ Kleidungsstücke und $\frac{z}{2}$ Wohnung, der Antheil der Kapitalisten ist sich aber nicht gleich geblieben, sie erhalten jetzt $1^1/_2$ x Lebensmittel, $1^1/_2$ y Kleidungsstücke und $z/_2$ Wohnungen. Die Verdoppelung der Productivität der Arbeit hat die dem Arbeiter zufallende Quote an Lebensmitteln und Kleidung von der Hälfte auf den vierten Theil reducirt, den Antheil der Kapitalisten von der Hälfte auf drei Viertel erhöht.

Mit der zunehmenden Productivität der Arbeit sinkt aber auch der Tauschwerth des Products, und damit sein Preis. Die Maschinenarbeit macht deren Erzeugnisse billiger; die mit der Spinnmaschine und dem mechanischen Webestuhl hergestellte Leinwand kostet weniger, als die mit dem Handspinnrad und dem Handwebestuhl erzeugte. Da nun der Gesammt-Lohn der Arbeiter in dem zu ihrer gewohnheitsmäßigen Erhaltung nothwendigen Quantum von Producten besteht, der gezahlte Geldlohn sich daher nach dem Preise der Producte richtet, welche für diesen Lohn gekauft werden müssen, so muß auch der Geldlohn der Arbeiter sinken, sobald die hauptsächlichsten Lebensmittel billiger werden. Letzteres ist der Fall, sobald die Productivität der auf Getreidebau verwendeten Arbeit zunimmt; daß diese Productivität zugenommen hat und immer noch zunehmen muß, dürfte nach den vorstehenden Erörterungen zweifellos sein.

Natürlich kann man das heutige Geld und den heutigen Geldlohn nicht als

Maßstab zur Prüfung der Richtigkeit des vorstehend entwickelten Gesetzes anlegen, weil das Geld selbst in seinem Werthe schwankt und der Werth der Edelmetalle im Laufe der letzten 30 Jahre bedeutend gesunken ist. Auch die thatsächliche Zunahme der Getreidepreise widerlegt das Gesetz nicht, da dieselbe durch Nebenumstände herbeigeführt ist, die zu erörtern außerhalb des Rahmens dieses Artikels liegt. Hier galt es nur, das Ricardo'sche Lohngesetz in seinem ganzen Umfange zu besprechen und den Beweis beizubringen, daß es insoweit unrichtig ist, als es behauptet, daß der Arbeitslohn mit Zunahme der Bevölkerung eine immer größer werdende Quote des Gesammt-Einkommens in Beschlag nehmen müsse. Wäre diese Ansicht richtig, so müßte das arbeitslose Einkommen verhältnißmäßig immer kleiner werden und sich zuletzt auf ein Minimum vom Gesammt-Einkommen reduciren. Die aus dem Arbeits-Einkommen entstehende Kaufkraft wüchse also ganz von selbst, die Luxusfabrikation müßte in Folge davon immer weniger Kapital und Arbeit in Beschlag nehmen. Aber schon eine oberflächliche Durchsicht der mit Luxusartikeln gefüllten Magazine zeigt, welch' ungeheures Kapital und welche Menge von Arbeit der Luxusfabrikation dienstbar gemacht ist; hätten wir eine das Einkommen nach seinen Entstehungsarten — Lohn und Rente — trennende Statistik, so würde dieselbe den Beweis liefern, daß das arbeitslose Einkommen wächst, also einen immer größeren Theil des Gesammt-Einkommens absorbirt und somit dem aus Arbeit entstehenden Einkommen einen stetig zunehmenden Theil des Arbeits-Ertrages entzieht.

Die von dem wirthschaftlichen Liberalismus so hoch gepriesene Vermehrung des Volkswohlstandes, des Nationalreichthums besteht in der That nur in einer Vermehrung des arbeitslosen Einkommens. Das läßt sich heute nicht mehr verheimlichen oder vertuschen. Jeder ehrliche Beobachter sieht es und erkennt es ebenso offen an, wie es der englische Schatzkanzler Gladstone am 7. April 1864 mit folgenden Worten im Parlament anerkannt hat:

„Von 1842 bis 1852 wuchs das steuerbare Landeseinkommen um 6 pCt.; in den acht Jahren von 1853 bis 1861 ist es, ausgehend von der Basis von 1853, um 20 pCt. gewachsen! Die Thatsache ist zum Unglaublichen erstaunlich! — *Dieser berauschende Zuwachs von Reichthum und Macht ist ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt!*"

Der Zuwachs des National-Reichthums ist unter den heutigen Productions- und Eigenthums-Verhältnissen ganz und gar auf die besitzenden Klassen beschränkt! Das ist die nackte, die erschreckende Wahrheit. Ein Gesellschaftszustand, der, um Schmoller's treffendes Bild zu gebrauchen, einer Leiter gleicht, in welcher die mittleren Sprossen mehr und mehr ausgebrochen werden; ein Zustand, in welchem der Mittelstand vernichtet wird, in welchem die Armen im Verhältniß zu den Reichen immer ärmer werden, während alle Erfolge der zunehmenden Technik nur den besitzenden Klassen zu Gute kommen, — ein solcher Gesellschafts-Zustand trägt den Keim des Todes schon in sich. Gerade deshalb aber ist es auch jetzt an der Zeit, Vorschläge zu neuen Organisationen zu machen und zu debattiren, durch welche die Vortheile der heutigen Productionsweise: die billige Massenerzeugung — gewahrt werden und die unter den bisherigen Zuständen unvermeidlich erscheinenden begleitenden Folgen dieser Productionsweise: der Mammonismus und Pauperismus — aus der Welt geschafft werden können.

—m.

Die sociale Lage in Italien.

Von Benoît Malon.

Fünfter und letzter Artikel.

(Stand der socialen Frage in Italien. Entwickelung der anarchistischen Internationale; der rein revolutionäre Charakter ihrer Sectionen. Erlittene Verfolgungen. Die Theuerung von 1874. Der Putsch von Bologna und seine Folgen. Bruch zwischen den Anarchisten und Collectivisten. Das Erwachen von 1876. Feindseligkeit zwischen den beiden Parteien. Der Putsch von Benevent und seine Folgen. Gegenwärtige Lage. Was man thun müßte.)

Ueber die Wahrscheinlichkeit einer socialen Revolution in Italien giebt es zwei entgegengesetzte Meinungen.

„In keinem Lande zeigt sich die sociale Ungerechtigkeit in gleich empörender Weise, und deswegen ist der Tag nahe, an welchem sich das gewaltige Heer der Elenden erheben und die Bourgeois-Gesellschaft zu Boden schlagen wird": so sprechen die Anarchisten.

„Unsere Fabrik- und Landarbeiter", sagen die Oekonomisten und Mazzinisten, „sind Männer der Pflicht. Das Gift des gallischen Socialismus ist in ihr Fleisch und Blut noch nicht eingedrungen; die Gegenwart bürgt uns für die Zukunft."

Der Abgrund von Ungerechtigkeit und Elend, auf den die Anarchisten weisen, ist eine handgreifliche Thatsache: die vorigen Artikel haben es gezeigt. Aber diese Revolutionäre täuschen sich, wenn sie von dieser jammervollen Lage der Dinge eine selbstständig erwachsende Generation zerstörender und wieder aufbauender Kräfte erwarten. Ich für meinen Theil habe gerade in Italien aus eigener Anschauung mich überzeugen können, wie sehr entsittlichend das Elend wirkt. Andererseits aber bauen die Oekonomisten und Mazzinisten gar zu sehr auf die augenblickliche Gleichgültigkeit und den Mangel an Solidarität innerhalb des italienischen Proletariats.

Allerdings zählt der Socialismus unter den italienischen Arbeitern nur wenig Anhänger; das hat aber seinen Grund in dem Mangel ernster Verbreiter desselben. Bis zu diesem Augenblicke wurde die socialistische Propaganda in Italien fast ausschließlich von den Anarchisten besorgt, welche nicht sagten: „Arbeiter, schüttelt eure Gleichgültigkeit ab, verlasset die euch einschläfernde Bourgeoisie, vereinigt euch, bildet eine Partei der Arbeit! Ihr werdet aus eurer Vereinigung eine Kraft gewinnen, welche zunächst eure Lage verbessert, und welche, bleibt ihr standhaft, euch von Noth und Elend befreien wird, welche euch emancipiren wird von aller politischen und socialen Unterjochung und euch endlich gestatten wird, beizutragen zur Verwirklichung jener Gesellschaft der Gleichheit und Gerechtigkeit, nach welcher die Besten der Proletarier zweier Welttheile streben." — Statt dessen sagten die Anarchisten: „Enterbte! Her zu uns! Die alte ungerechte Gesellschaft ist reif zur Vernichtung; liefern wir ihr den letzten Kampf. Vorwärts! Und es lebe die sociale Revolution!"

Tausende junger, ursprünglich bürgerlichen Kreisen angehöriger junger Leute

entsprachen seit 1871 *) diesem feurigen Aufruf, die internationalistischen Sectionen bildeten sich in Menge und schnell **), und in fast allen wurde nichts Anderes debattirt als die Aussichten einer in Bälde zu vollziehenden socialen Revolution.

Was fast immer in Vereinigungen vorkommt, in denen der Verhandlungsgegenstand ein leidenschaftlicher ist, ereignete sich auch hier: die Soldaten erwiesen sich ungeduldiger als ihre Führer. Man hatte sie im Namen der socialen Revolution gerufen; deshalb forderten sie ungestüm den sofortigen Eintritt in die revolutionäre Bewegung.

Unterdessen hemmten die italienische Regierung und die mazzinistische Partei, diese beiden feindlichen Brüder, mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln die weitere Entwickelung der erstehenden und schon kräftigen anarchistischen Internationale. Diese sah sich mit oder ohne Willen bald umgewandelt in eine halb geheime, halb öffentliche revolutionäre Gesellschaft. Regierung und Mazzinisten, nicht zufrieden damit, sie zu bekämpfen, versuchten es, sie zu entehren. Die mazzinistischen Journale überboten die Flüche des santo Maestro und stellten die Internationalisten als Verbrecher***) hin; die Regierung dachte daran, auf sie die ammonizione (Stellung unter polizeiliche Aufsicht) und das domicilio coatto (Deportation) im Verwaltungswege zur Anwendung zu bringen. *) Diese entsetzlichen Maßregeln dürften nach dem Sinne des Gesetzes nur auf Diebe, Mörder und andere Verbrecher gegen das gemeine Recht Anwendung finden; um sie auch auf die Internationalisten anwenden zu können, mußten diese als Verbrecher nach dem gemeinen Rechte erklärt werden, und das geschah auch.

Sehen wir zu, wie?

Der pretore (Richter am Civil-Gerichtshof) ließ einen Internationalisten zu sich bescheiden und sagte zu ihm:

Sie gehören zur Internationale?

Ja.

Die Internationale erstrebt die Abschaffung des Privateigenthums; Sie sind demnach überwiesen, Angriffe auf das Eigenthum zu planen, d. h. zu stehlen.

Ich bin Collectivist, aber stehlen....

Bitte sehr. Sie haben sich mit der Pariser Commune solidarisch erklärt und billigen den Aufstand von Carthagena?

Ganz gewiß.

---

*) Vor 1871 zählte die Internationale eine einzige Section in Neapel, die von Bakunin gegründet war. Aber so stark war in Italien der Widerhall von der Pariser Commune, daß in drei Monaten die sociale Frage in allen Provinzen auf der Tagesordnung stand, und daß die internationalistischen Sectionen mit erstaunlicher Schnelligkeit erstanden. Möglicherweise hat dieses unerwartete Ergebniß den Anarchisten jene Idee der Propaganda mit der That eingegeben, welche zu so unheilvollen Versuchen führte.

**) Namentlich in der Romagna, der revolutionärsten Provinz Italiens.

***) Besonders die Internationalisten in der Romagna wurden auf's Heftigste angegriffen. Einer ihrer Hauptführer wurde in Lugo ermordet.

*) Dieses niederträchtige Gesetz, welches die gemischten Commissionen vom 2. December hinter sich läßt, wurde, was nicht vergessen werden darf, im Jahre 1866 unmittelbar vor dem Kriege vom Renegaten Crispi vorgeschlagen. Es bildete einen Theil der Vorbereitungen, deren Resultate man bei Custozza sah. Nach der Annahme dieses Gesetzes über die öffentliche Sicherheit giebt es in Wirklichkeit gesetzlich keine persönliche Freiheit mehr in Italien. Der ehrenhafteste Bürger kann auf einen Wink des Ministers des Innern und durch die Mache eines gewöhnlichen Polizeibevollmächtigten ammonito (unter strenge polizeiliche Aufsicht gestellt) und bei der ersten Gelegenheit in das domicilio coatto geschickt, d. h. für unbestimmte Zeit deportirt werden. Ich sage unbestimmt, obwohl das Gesetz Zeitperioden bestimmt; aber die Minister übertreten es. Ich habe in Sardinien Deportirte kennen gelernt, welche (von der Polizei) zu einem Jahre verurtheilt waren, welche aber ihre Rückkehr in die Heimath seit 3, 5 und 7 Jahren vergebens erwarteten. Man antwortete nicht einmal auf ihre Reclamationen. Namentlich die Romagnolen und die Sicilianer werden von diesen freiheitsmörderischen Maßregeln getroffen.

Nun wohl! Ihre Brüder bei der Pariser Commune und in Carthagena haben gestohlen, getödtet und verbrannt; es sind Verbrecher von der schlimmsten Sorte.

Ich protestire gegen diese, heroischen Besiegten angethanen Insulten....

Sie sehen sehr wohl ein, daß sie deren Mitschuldiger sind. Also, als schuldig eines geplanten Angriffs gegen Eigenthum und Personen stehen Sie fortan unter polizeilicher Aufsicht. Es ist Ihnen untersagt, vor Sonnenaufgang und nach acht Uhr Abends außerhalb Ihrer Wohnung zu sein, auf der Straße sich zu unterhalten, mit mehr als zwei Personen zu gehen, die und die Personen zu besuchen, den Gemeindebezirk (oder die Stadt) zu verlassen, ohne daß Ihr Paß signirt ist, noch auch wiederzukehren, ohne denselben von der Polizeibehörde des Ortes, welchen Sie besucht, signiren zu lassen, u. s. w. Im Nichtbeachtungsfalle sind Sie für das domicilio coatto reif.

Aber, mein Herr, Sie kennen mich; Sie wissen ganz gut, daß ich kein Uebelthäter bin.

Ich weiß es, und es thut mir außerordentlich leid, in dieser Weise vorgehen zu müssen. Aber ich bin Familienvater, meine Stellung ist mein Brod und ich habe Befehle empfangen. Ich gehorche.

Auf diese Weise wurde ein braver Mann mehr, an Händen und Füßen gefesselt, einer Polizei überliefert, welche von allen in Europa mit der größten discretionären Gewalt ausgestattet ist. —

Darauf kam die todtbringende Theuerung von 1873/74; man konnte in einzelnen Provinzen buchstäblich nicht mehr leben. Die Romagna, welche sich bereits in den Aufständen gegen den macinato (Mahlsteuer) hervorgethan, wurde von Neuem unruhig und die Hunger-Aufstände folgten einander. In mehr als dreißig Städten und Dörfern begaben sich Haufen von Weibern und Kindern tumultuarisch vor das Bürgermeisteramt unter dem Rufe: Abbiamo fame! Vogliamo pane! (Wir haben Hunger, wir verlangen Brod.) Frauen entblößten vor den Mitgliedern der Gemeindebehörde ihre abgemagerten Brüste und schrieen: Seht, Ihr Volksaushungerer, wohin der Hunger uns gebracht hat! Wir wollen Brod für unsere Kinder und für uns!

Andere Haufen zogen einfach zu den Bäckern und Pastetenverkäufern und ließen sich Brod oder Mehl unter dem Preise geben. Die Situation nahm mehr und mehr einen revolutionären Charakter an, selbst die Mazzinisten sprachen davon, diese Bewegung durch Waffenergreifung auszunützen; aber ihre Führer sagten Nein, und so kehrten sie zur „Ordnung" zurück. *)

Die Anarchisten glaubten und durften glauben, daß die Entscheidungsstunde geschlagen hätte; aber anstatt sich entschlossen mitten unter die Hunger-Aufrührer zu werfen und diesen Volkserhebungen Ziel und Richtung zu geben, wollten sie, ihren Verschwörungsplänen treu bleibend, vor dem Eintritt in die Action ein gut bewaffnetes Aufstandsbataillon organisiren. Erst am 7. August, als die Ernte bereits vollendet, der Brodpreis bereits gesunken war, als der Zorn des Volkes schon nachgelassen, wenn nicht sich ganz gelegt hatte, erst dann entschlossen sie sich, auf Bologna zu marschiren.

Sie sahen sich verlassen. Ein Theil von ihnen ließ sich auf dem Marsche von den Carabiniers festnehmen, die anderen zerstreuten sich entmuthigt von selbst, nachdem sie ihre Gewehre vergraben hatten. Gleichwohl ist eine große Anzahl dieser jungen Leute muthig und entschlossen; aber ihre Organisation war so jämmerlich, und die Unfähigkeit ihrer Führer so groß, daß ihnen nichts übrig blieb als zu han-

*) Nur eine Gesellschaft (in Pianta) schloß sich der Internationale an.

deln, wie sie es gethan, oder an einen verzweifelten Heroismus zu appelliren.

Dem sei, wie ihm wolle: der 8. August 1874 war ein Unheilstag für den italienischen Socialismus. Die zügellosesteReaction warf sich auf alle Provinzen; alle Socialisten wurden als Mitschuldige der Aufständischen in der Romagna erachtet. Die ammonizioni verdoppelten sich, und in den Gefängnissen häuften sich mehr als 300 Internationalisten. Alle Sectionen wurden aufgelöst, und alle Versuche neuer Gruppenbildungen strengstens unterdrückt.

Diese Wuth der Bourgeoisie dauerte bis zum Falle des Ministeriums der Rechten (18. März 1876); dann erst, nachdem alle Eingekerkerten vom Jahre 1874 nach einander befreit waren, und als alle Welt mehr oder weniger sich von den lügnerischen Versprechungen des Ministeriums der Linken hatte fangen lassen, begann wiederum die ernste Arbeit der Socialisten.

Aber die Anarchisten hatten, nach einem berühmten Worte, nichts gelernt und nichts vergessen. Sie machten sich sofort wieder thätig an's Werk; aber nur um social-revolutionäre Sectionen zu gründen, immer mit dem Ziele der Bildung eines aufständischen Actionsbataillons, bestimmt, die „Propaganda mit der That" wieder aufzunehmen, und ebenso wenig wie im Jahre 1872 arbeiteten sie an der Errichtung von Handwerkergesellschaften und reinen Arbeiterverbindungen.

Sie waren jedoch nicht mehr allein bei der Arbeit. Gelegentlich der großen Spaltung zwischen Autoritären und und Anarchisten oder genauer zwischen Marxisten und Bakunisten sprachen sich die italienischen Internationalisten für die letzteren aus, mit Ausnahme einiger lombardischen Sectionen, welche neutral blieben. Während des Jahres 1872 waren die Anarchisten wohl die einzigen Repräsentanten der italienischen Internationale; aber ihre Voreingenommenheit, ausschließlich rein revolutionäre Sectionen zu bilden, welche eine geheime Leitung nothwendig machte, und die dictaturartige Praxis, welche die nothwendige Folge dieser Auffassungsart der Internationale war, entfremdete ihnen sehr bald einige thätige Personen.*) Von diesen inneren Zerwürfnissen drang aber Nichts nach Außen. Der jammervolle Ausgang des Handstreiches von Bologna trennte wiederum von den Anarchisten eine Zahl Socialisten, und als auf dem Brüsseler Congresse von 1874 die Anarchisten, statt ihr mea culpa für den unbesonnenen Streich vom 8. August auszusprechen, in einem auf dem Congreß vorgelesenen Schriftstück erklärten, daß fernerhin die Internationale in Italien nur noch ein Geheimbund sein solle, um den Aufstand sobald wie möglich von Neuem zu beginnen — zugleich ein höchst ungeschicktes Verfahren, da man eine Regierung nicht davon benachrichtigt, daß man sich gegen sie verschwört — da entstand große Entrüstung in den unabhängigen Sectionen der Lombardei und Siciliens.

„Wie," sagten Diejenigen, welche den Statuten der großen Association treu blieben und in der Internationale die Organisation der arbeitenden Kräfte gegenüber den Bourgeoisparteien erblickten — „Wie! Nicht genug, daß die Anarchisten die socialistische Organisation durch ihre schlecht vorbereiteten und schlecht geleiteten Aufstände bloßgestellt haben, wollen sie uns noch hindern, unsererseits für die socialistische Propaganda und die Gruppenvereinigung der Arbeiter thätig zu sein?" Auch bedeutete in der That die öffentliche und dazu falsche Behauptung, sämmtliche italienischen Sectionen seien Verschwörungsherde, eine Denunciation gegen die unabhängigen neugebildeten Sectionen.

---

*) Ingegneros, Bignami, Gnocchi-Viani, Nabruzzi, Zanardelli u. A.

Von diesem Zeitpunkte ab schied sich die italienische Internationale in zwei Theile.

Seit einigen Monaten hatten die Unabhängigen oder Collectivisten eine eifrige und erfolgreiche Propaganda eröffnet, nicht so sehr, um Sectionen zu bilden, als um die socialistischen Ideen in die Kreise des Volkes hineinzutragen, und, Dank ihrer Thätigkeit, begann man in Italien einzusehen, daß der Socialismus doch etwas Anderes sei als die leidenschaftliche Predigt einer vollständigen Zerstörung der bestehenden Gesellschaft.

Die Organisationsarbeit ging auch vorwärts, und die erstehende, schon Achtung gebietende lombardische Vereinigung wurde der Mittelpunkt einer weniger gewaltsamen, aber fruchtbareren socialistischen Thätigkeit. In Sicilien (soweit es der Terrorismus der Bourgeoisie erlaubte), in Ligurien, in Neapel u. s. w. bildeten sich neue Sectionen, neue Cirkel, oder sie reorganisirten sich.

Es gab also fürderhin in Italien zwei internationalistische und unseligerweise nebenbuhlerische Parteien, deren eine die Organisation des italienischen Proletariats und die socialistische Propaganda im Volke, deren andere revolutionäre Versuche als ihr Ziel betrachtete.

Plötzlich traten die stummen Antipathien in einer heftigen Fehde zwischen den Redacteuren des „Martello" zu Bologna (anarchistisch) einerseits und des „Povero" zu Palermo (collectivistisch), mit der Mailänder „Plebe" als Nachhut, andererseits zu Tage. Während nun der Streit gerade seinen Höhepunkt erreicht hatte, fand ganz unerwartet der Handstreich von Benevent statt. — Aus Rücksicht auf die Besiegten will ich über diesen zweiten anarchistischen Aufstand (5. bis 11. April 1877) Nichts sagen.

Für den Socialismus waren seine Folgen nicht minder unheilvoll als die des Handstreiches von Bologna. Das Ministerium der Linken ließ sich, wie einst das der Rechten, den Vorwand nicht entgehen, alle socialistischen Gruppen aufzulösen; stellte sich, als gäbe es keinen Unterschied zwischen Collectivisten und Anarchisten; untersuchte überall, verhaftete alle Welt als Mitschuldige, ja sogar darunter Ingegneros, den Redacteur des „Povero", welcher mit Heftigkeit die Putschmacher von Benevent angegriffen hatte.

Und wie stehen die Dinge jetzt?

Alle socialistischen Gruppen von 1876 sind mit Gewalt zersprengt worden; sie versuchen es zwar, sich wieder zu sammeln, aber sie sind noch lange nicht zu ihrer früheren Bedeutung gelangt; denn diese gewaltsamen Auflösungen aus unvorhergesehenen Gründen, mit denen man durchaus nichts zu thun hat, entmuthigen leider Jedermann. Die Collectivisten müßten sich muthig und unermüdlich an die Arbeit machen. Der Augenblick ist ihnen günstig. Selbst in der Romagna gerathen die Anarchisten mehr und mehr in Mißgunst, und zahlreiche zerstreute Socialisten erwarten irgendwoher die Initiative. Aber um dieser Erwartung zu entsprechen, müßte man ebenso sehr die Studien-Cirkel als die revolutionären Sectionen verlassen; man müßte sich endlich an die Organisation von gewerkschaftlichen Körperschaften machen und in Italien den Grund zu einer Arbeiterpartei legen.

Bis zum Augenblicke ist der Socialismus in Italien zu ausschließlich die Sache einiger Hunderte von strebsamen und edelmüthigen Declassirten gewesen; er muß hinabsteigen in die Arbeiterklasse und sich unter dieser verbreiten. Das Beginnen ist nicht unmöglich; der italienische Land- und Fabrikarbeiter empfindet tief sein Elend, sein schreckliches Elend, und wird ihm von einer möglichen Verbesserung gesprochen, so hört er aufmerksam zu.

Sie seien zu sehr Particularisten, sagt man, und eine allgemeine Vereinigung sei bei ihnen eine vollständige Unmöglichkeit.

Diese Ansicht hat wohl einigen Grund, ist aber doch nicht ganz richtig. Die Mazziniſten haben zu Hunderten „Gesellschaften zu gegenseitiger Hülfe" gegründet und haben diese sogar einen Bundes-Vertrag annehmen lassen. Die Maurer haben sich in Rom zu einer mächtigen Körperschaft zusammengethan; selbst die Anarchisten hatten in der Romagna und in Florenz bedeutende Arbeitergruppen um sich geeint; endlich haben die italienischen Schriftsetzer die Organisation einer stattlichen nationalen Vereinigung der Arbeiter ihres Gewerks zu Wege gebracht. Was die Landarbeiter anbetrifft, so beweist die improvisirte Verbindung der Arbeiter von Mantua (2000 Mitglieder), welche gleichfalls in Folge des zweiten anarchistischen Aufruhrs aufgelöst wurde, daß auch diese für die Organisation empfänglich sind.

Aber das ist nicht Alles.

Wie man weiß, spaltete sich außerhalb der Internationalisten die italienische Demokratie in zwei große Lager: die Mazziniſten und die Garibaldianer. Bis 1871 waren diese Parteien nicht wesentlich getrennt; erst die Frage der Commune ließ ihre Unterschiede hervortreten. Mazzini und sein Anhang beschimpften schmählich die Pariser Aufständischen; Garibaldi seinerseits benutzte diese Gelegenheit zur Erklärung, daß die Internationale — welche er für die Pariser Commune verantwortlich machte — die Sonne der Zukunft sei, und die Garibaldianer warfen sich edelmüthig zu Rittern der besiegten Commune auf; daher der heftige Streit zwischen ihnen und den Mazziniſten.

Seit dieser Zeit sind die Garibaldianer fast durchweg gemäßigte Socialisten, während die zahlreichen mazzinistischen Gesellschaften sich nicht mehr ausschließlich zu einer deistischen und republikanischen, sondern mehr noch zu einer rein antisocialistischen Macht umgestalteten.

Jedoch seit der Propaganda der Collectiviſten und ohne Zweifel auch durch die Macht der Dinge zerfällt diese antisocialistische Macht. Von der mazzinistischen Partei hochgeachtete Persönlichkeiten haben die Strenggläubigkeit des Meisters verworfen; bislang mazzinistische Zeitschriften erklären sich zu socialistischen *); eine große Zahl republikanischer Cirkel, welche stets von mazzinistischen Theorien geleitet wurden, betonen ihre socialistischen Anklänge und geben die Nothwendigkeit einer gründlichen Socialreform zu. Endlich machen auch die Radicalen, im italienischen Parlament glänzend durch Bovio, Cavalotti, Bertani, Marcora und in der Presse durch die „Ragione" und den „Secolo" in Mailand, den „Popolo" in Genua, die „Capitale" in Rom, die „Spira" in Neapel u. s. w. vertreten, Fortschritte zum reformistischen Socialismus. Auch die „Gesellschaften zur gegenseitigen Hülfe", bisher sehr reactionär, scheinen sich in Bewegung setzen zu wollen.

Mit einem Worte, der Socialismus ist in Italien reich an Elementen; er erwartet nur intelligente und begeisterte Agitatoren und Organisatoren, um sich als mächtige Partei zu constituiren.

Werden sich diese Agitatoren und Organisatoren finden? Man darf daran nicht verzweifeln, obgleich die italienischen Socialisten — es ist das ein nationaler Fehler — an einem eingewurzelten Particularismus leiden, welcher vielfach die Initiative zerstört. Sind vier oder fünf zusammen, gleich wollen sie ihre eigene Zeitung haben; mag diese Zeitung noch so wenig lebensfähig sein, gleichviel; man läßt sie ein- oder zweimal erscheinen, nur um sich nicht der der benachbarten Gruppe bedienen zu müssen. Daher kommt es, daß eine wirkliche socialistische Presse in Italien ein fast unausführbarer Traum ist. Eine einzige socialistische Zeitung, die „Plebe", hat Bestand ge-

*) Beispielsweise der „Nettuno" in Rimini.

habt; aber während der ersten sieben Jahre ihres Erscheinens hat sie nicht ihre Kosten gedeckt. In Augenblicken des Aufschwungs giebt es gegen 20 kleine Zeitungen, welche einige Wochen bestehen, sich gegenseitig wiederholen und deren Bedeutung für die Propaganda fast gleich Null ist. Selbst die Mazziniſten, die doch so disciplinirt sind, haben sich niemals zu dem Besitz eines gemeinsamen Organs entschließen können; der italienische Particularismus steht dem im Wege.

Zu diesem Particularismus gesellt sich ein anderes intellectuelles Hinderniß, ein übermäßiger, aber zu wenig praktischer Eifer. Der kühne und unternehmende Italiener setzt zwischen Begehren und Ziel zu wenig Anstrengung; er meint, es genüge, eine Sache leidenschaftlich zu wollen, damit sie sich verwirkliche; er will die Hindernisse nicht sehen, und wenn er sie sieht, so will er sie mit einer einzigen gewaltigen Anstrengung beseitigen, wenn er nicht gar muthlos wird: daher stammt einmal die fieberhafte Agitation mit voreiligen Versuchen und das andere Mal die Erschlaffung, welche wohl zu einer überaus schnellen Verbreitung der Ideen beitragen, aber jede ernste Organisation hindern.

Habe ich das Uebel gekennzeichnet, so will ich auch das Gute hervorheben. Alle italienischen Socialisten besitzen eine lebhafte und leicht begreifende Verstandeskraft, bewährten Muth und große Regsamkeit; an dem Tage, wo sie zu diesen natürlichen Eigenschaften die drei erworbenen der Klugheit, Beständigkeit und des Solidaritätsgeistes werden hinzufügen wollen, werden sie Großes leisten.

In diesem Lande, in welchem die socialen Ungerechtigkeiten so schreiend sind, in welchem die Unzufriedenheit der Ausgebeuteten so lebhaft, die Noth so gewaltig ist, wäre es leicht, eine großartige und mächtige Arbeiterpartei zu gründen, namentlich wenn man, um die den Socialisten gegenüber so heikle Regierungspolizei nicht zu provociren, damit begänne, auf dem rein ökonomischen Gebiete Gewerkschaften zu organisiren, mit der offenen Absicht, die Interessen der Arbeit gegen die kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Die socialistische Idee würde sich in diesen Gruppen in Folge des täglichen Kampfes für die politische und ökonomische Befreiung schnell entwickeln.

Der Socialismus und das Landvolk.

Eine Antwort auf Dr. A. Mülberger's Kritik und Vorschläge in Nr. 8 der „Zukunft".

In Nr. 8 dieser Zeitschrift hat Herr Dr. Mülberger einen Artikel über den „Socialismus und das Landvolk" veröffentlicht, welcher wohl in vielen socialistischen Kreisen Widerspruch erregt hat. Schon um nach Außen keine Mißverständnisse entstehen zu lassen, wird es gut sein, diesem Widerspruch öffentlich Ausdruck zu geben. Ich werde das in Nachfolgendem versuchen und beginne mit dem Schluß von Mülberger's Arbeit. Nach verschiedenen Erwägungen lautet die Schlußerwägung: „daß der Socialismus seine Anhänger auffordere, sich mit den einschlägigen Fragen (der socialen Stellung und Bedürfnisse des Landvolks) näher vertraut zu machen, das Landvolk nach seinen Klagen und Wünschen zu fragen,

persönliche und politische Verbindungen mit ihm anzubahnen und so eine immer einheitlichere Bewegung vorzubereiten, die allein ein sicheres Unterpfand des Sieges bilden kann."

Wenn man nur diese Sätze liest, so dürfte man sich billig fragen, worin denn eigentlich die Differenz zwischen der Partei und Herrn Dr. Mülberger liegt — denn so darf ich wohl die Frage stellen — da es in der ganzen Partei nicht Einen giebt, der das darin Ausgesprochene nicht für nothwendig hielte und, so weit meine Kenntniß der Personen reicht, nicht auch darnach gehandelt hätte.

Statt daß Herr Dr. Mülberger in dieser Schlußerwägung klar und deutlich jene Vorschläge macht und praktische Zielpunkte aufstellt, die er bei uns vermißt, bewegt er sich in allgemeinen Andeutungen, über die kein Streit und keine Meinungsverschiedenheit vorhanden ist.

„Aber", wird er antworten, „ich habe Euch doch meine Meinung in dem übrigen Inhalt gesagt und daraus könntet Ihr entnehmen, welche Wege Ihr künftig wandeln müßt, wenn Ihr den deutschen Bauer erobern wollt."

In Wahrheit sind es nur Andeutungen, die er gemacht; und so müssen wir schon einigermaßen unsern Scharfsinn anstrengen, um der dunklen Rede Sinn zu entdecken.

Betrachten wir zunächst die Vorwürfe, die Herr Mülberger gegen die bisherige Art der Agitation unter dem Landvolk erhebt. Er sagt, die Partei ginge von der irrigen Ansicht aus, daß der kleine Bauer, der heute noch nach seiner Ansicht das Gros der Bevölkerung bilde *), nahe daran sei, vom Großgrundbesitz oder dem Großkapital expropriirt zu werden, daß wir in unseren Agitationen, in unserer Presse und in unserer Reichstagsthätigkeit in viel zu einseitiger, das Interesse des Bauern nicht berührender Weise vorgingen; wir sprächen dem Bauern von Dingen, für die er kein Verständniß habe, noch haben könne.

„Der Bauer", meint er, „wird in seinem Denken und Handeln von seinem Interesse (das Wort ist fett gedruckt) bestimmt", es sei nothwendig, sich an „sein Interesse" oder, was dasselbe sei, an „seinen Ideenkreis" zu wenden, „denn", führt er weiter mit gesperrter Schrift aus, „das Bedürfniß ökonomischer Reformen ist für das ackerbautreibende Volk gerade so groß wie für das industrielle Volk."

Ja, ist denn in dem Inhalt dieser letzten Sätze auch nur ein Wort, das uns neu ist? Glaubt etwa Herr Dr. Mülberger, es gäbe in der ganzen Partei auch nur einen Genossen, der nicht wüßte, daß, wenn er den Bauern gewinnen will, er sich an sein Interesse wenden müsse? oder daß irgendwer bezweifle, daß der Bauer kein Bedürfniß nach ökonomischen Reformen habe?

Herr Mülberger hat sich eben ein ganz willkürliches Bild von unserer Agitation gemacht, und das nöthigt ihn, zu solchen Gemeinplätzen zu greifen, zu Gemeinplätzen, die zwar Fundamentalwahrheiten enthalten, aber eben nur solche, die Jedem in der Partei bereits bekannt sind und die Thätigkeit der Partei längst bestimmen.

Und dennoch bestehen zwischen ihm und der Partei tiefe und principiell verschiedene Auffassungsweisen.

In unserer Bewegung spielten zwei Gedanken die Hauptrolle, der Associationsgedanke und der Staatsgedanke, sagt er. Letzterer gipfele in der Grundanschauung, daß der Socialismus unter Anderem dazu da sei, vermittelst des „allmächtigen

*) Eine Ansicht, die ich nicht für ganz richtig halte, denn es wird, wenn von Städte- und Landbevölkerung die Rede ist, ganz übersehen, daß zahlreiche Industriearbeiter und Handwerker auf dem Lande wohnen und ebenso sehr viele Tagelöhner und Dienstleute; und dann darf nicht vergessen werden, daß die socialen Interessen der kleinen und großen Bauern sehr verschieden sind.

Staats" den Individualismus zu bekämpfen, „während unter allen Principien das individuellste — die Freiheit sei." Auch hier ist wieder das Wort „Freiheit" fett gedruckt.

Was denkt sich denn Herr Mülberger bei dem Satze „die Freiheit ist das individuellste aller Principien"? „Freiheit", die ich meine. Ja, welche Freiheit denn? Im Namen der Freiheit haben bisher alle Unterdrücker und Ausbeuter geredet und gehandelt. Und gerade diejenige Partei, welcher als der Repräsentant par excellence aller Ausbeutung gilt, die Manchesterpartei, hat bisher am lautesten im Namen „des individuellsten aller Principien", der „Freiheit", gepredigt und gehandelt. Herr Dr. Mülberger darf nicht glauben, daß die deutschen Socialisten sich heute noch mit leeren Redensarten hinhalten lassen und etwas für ein Princip nehmen, hinter dem — um auch einmal mit Proudhon zu reden — ein „Nichts" steckt.

Und was die andere Anschuldigung betrifft: die Grundanschauung des Socialismus gipfele darin, daß der „allmächtige Staat" den Individualismus zu bekämpfen habe, was aus dem Proudhonschen in's reine Deutsch übersetzt doch heißen soll, den Individualismus zu vernichten, so ist das wiederum ein Vorwurf, den der Socialdemokratie genau mit denselben Worten die Bourgeoispresse seit fünfzehn Jahren in's Angesicht geschleudert hat.

Herr Dr. Mülberger wird es begreiflich finden, daß ich darauf verzichte, auch nur mit einem Wort einen Vorwurf zu widerlegen, über den der einfachste socialistische Arbeiter in Deutschland lächelt. Aber ich fordere ihn auf, nur mit einer einzigen Zeile aus einer deutschen socialistischen Zeitung oder Schrift den Beweis zu führen, daß sein Vorwurf begründet ist. Kann er dies nicht, so giebt es kaum eine andere Erklärung, als daß Herr Dr. Mülberger die socialistische Staatsidee nicht begriffen hat.

Es wäre schlimm um uns bestellt, wenn der Bauer die socialistische Staatsidee so schwer begriffe, wie mancher Gelehrte; aber das zu befürchten, haben wir wirklich vorläufig gar keine Ursache; Herr Dr. Mülberger ist da freilich anderer Meinung, er erklärt rundweg, „der Bauer sieht im Staate nichts Anderes als ein nothwendiges Uebel, der Bauer ist — horribile dictu — ein verkappter Anarchist."

Herr Dr. Mülberger sagt zum Beweis hierfür, daß der Bauer fast gar kein Verständniß für den Gedanken der Association oder des Staats habe: sein ausgeprägter Individualismus mache ihm jeden Zwang verhaßt. „Dieser Abscheu (vor dem Associationsgedanken) stellt, wir sind die Letzten, es zu verkennen, thatsächlich einen niederen Bildungsgrad, ein Zurückbleiben in der modernen Culturentwickelung dar, und es wird vielleicht noch lange Zeit darüber hingehen, bis der Bauer selbst bei einer neuen Ordnung der Dinge alle Voreingenommenheit, alle Vorurtheile in dieser Beziehung fahren läßt. Und ganz ähnlich wie der Association steht der Bauer dem Staate gegenüber. Der Socialismus darf ihn tausendmal darauf hinweisen, der Staat, den er meine, sei etwas ganz Anderes als der heutige Staat, der Bauer wird es ihm nicht glauben."

Weil der Bauer gegen den heutigen Staat eingenommen ist und vielleicht sich etwas schwer in einen anderen Staatsgedanken finden kann, deshalb soll er ohne Weiteres „Anarchist" sein. Die Antipathie des Bauern gegen den heutigen Staat ist eine ganz berechtigte, und sie hat nicht blos der Bauer, sondern auch der Handwerker, so gut wie der Socialdemokrat, ja sogar der Manchestermann, nur Jeder aus ganz verschiedenen Gründen; hören wir auf einige Augenblicke, was Herr Dr. Karl Braun vor ungefähr

zwölf Jahren über die manchesterliche Staatsidee schrieb.

„Wir müssen unterscheiden zwischen dem Staat, welcher die Grenze zwischen sich und der bürgerlichen Gesellschaft bereits richtig regulirt hat, und dem Staat, bei welchem dies nicht der Fall ist, sondern der noch, wie dies bei uns die Regel bildet, den Transport von Nachrichten, Personen und Gütern — auf den Telegraphen, der Post und der Eisenbahn —, den Wege-, Straßen-, Canalbau, die Berg-, Forst- und Medicinalverwaltung, den Unterricht, die Förderung von Landwirthschaft und Gewerbe u. s. w. als auftragloser Geschäftsführer der bürgerlichen Gesellschaft besorgt. Das alles sind Gebiete, auf welchen naturgemäß das Gesetz der Proportion zwischen Leistung und Gegenleistung gilt, und also auch innerhalb des Staates gelten sollte, wenn es der Letztere nicht — was jedenfalls klüger wäre — vorzieht, alle diese ihn seiner eigentlichen und wahren Aufgabe entfremdenden Officien und Lasten von sich abzuwälzen, um seine ganze Kraft dem eigentlichen Beherrschungsgebiete, dem Rechts- und Machtschutze, zu widmen..... Wenn bei uns die Richter Staatsbeamte sind, so ist das sehr Unrecht und erschwert ihnen ohne Noth die Ausübung ihres Berufs. Das Finden und Fällen von Urtheilen ist nicht Sache des Staats, sondern derjenigen Rechtstechniker, welche die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Vertrauen beehrt, und deren Urtheile, d. h. deren Rechtsgutachten der Staat vollstreckt, weil nur auf diesem Wege die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten ist."

So Herr Dr. Karl Braun, und ich denke, mehr „Anarchist" kann man kaum sein. Der Manchestermann Herr Dr. Karl Braun steht dem „Anarchisten" Herrn Dr. Mülberger weit näher, als der conservative Bauer, den er mit Unrecht glaubt ohne Weiteres zum „Anarchisten" stempeln zu können, wie ich aus seiner eigenen Darstellung nachweisen werde.

Der Bauer — und wir wollen hierunter stets den kleinen oder mittleren Bauern verstanden haben — haßt den modernen Staat wie ihn der Arbeiter heißt, weil dieser Staat der Kapitalistenstaat ist. Der Arbeiter haßt ihn, weil er ihn hindert, seinen Staat, den socialistischen Staat, zu gründen, der Bauer ist ihm Feind, weil er ihm seinen Staat, den patriarchalischen Staat, zerstört hat, weil er ihm die Militär- und Staatsschuldenlast, das Freizügigkeitsgesetz, die Gewerbefreiheit, die Aufhebung der Wuchergesetze und was damit zusammenhängt, gebracht hat, und Alles zusammengenommen, ihm die Arbeit und die Kapitalien vertheuerte, seine Steuern erhöhte und ihn an den Rand des Verderbens brachte.

Der Bauer ist aus denselben Gründen dem modernen Staate Feind, wie der Zunftmeister der Stadt, und Alles, was Herr Dr. Mülberger über die Antipathie des Bauern gegen den Staat und die Association und das ihm schwer Begreifliche des Socialismus sagt, das gilt auch vom Zunftmeister und vom Kleingewerbetreibenden überhaupt.

Wenn die Letzteren sich mehr, als es bisher die Bauern thaten, der socialen Bewegung angeschlossen haben, so geschah das, weil der Kleingewerbetreibende durchschnittlich intelligenter ist und in einer ganz anderen geistigen Atmosphäre lebt. Ihrer socialen Stellung nach aber gehören Beide (Kleinhandwerker und Bauer) einer vergangenen, im Absterben begriffenen Gesellschaftsperiode an, und daher sind sie conservativ, während der Proletarier als Product der modernen Zeit, ein Kind der industriellen Revolution, auch revolutionär gesinnt ist.

Damit ist also weit klarer als Herr Dr. Mülberger mit seinen breiten Darlegungen vermochte, der sociale Antagonismus, die sociale Kluft zwischen Bauer und Proletarier resp. Socialist dargelegt.

Was soll nun der Socialist thun, um den Bauern für seine Ideen zu gewinnen?

Herr Dr. Mülberger läßt einen Socialisten auftreten, der sich bei dem Bauern um seine Stimme für die Wahl bewirbt. Er läßt den Socialisten vom Normalarbeitstag, der Progressivsteuer und dem gleichen Recht Aller am Grund und Boden sprechen. Der conservative Regierungsbeamte dagegen tritt auf mit glatten Worten, wie: „Es sind schlimme Zeiten, liebe Freunde, ich bin der Letzte, ein Hehl daraus zu machen..... Ich weiß wohl, wir haben Euch Erleichterungen aller Art, mehr Unabhängigkeit in der Gemeindeverwaltung, Regelung der Pachtverhältnisse, einen billigen Bodencredit versprochen, aber Ihr wißt, wir konnten bis jetzt unser Versprechen nicht halten. Aber all' das und noch viel mehr kommt, sobald es die Verhältnisse gestatten." Das Endresultat ist, daß der Beamte alle, der Socialist nicht eine Stimme bekommt.

Herr Dr. Mülberger möge mir's nicht übel nehmen. In seinem Bestreben, die Agitationserfolge der Partei auf dem Lande als möglichst gering darzustellen, hat er für sein Beispiel einen äußerst geschickten Regierungsbeamten und einen höchst einfältigen Socialisten gewählt, einen so einfältigen, daß ich kaum glaube, daß es solche giebt.

Ich und jeder Parteigenosse mit mir hat die Ueberzeugung, daß wenn ein socialistischer Candidat oder Agitator vor eine Bauernversammlung tritt, er nicht vom Normalarbeitstag spricht, es sei denn, daß in der Versammlung sich auch Industriearbeiter befänden, in welchem Falle er wohl den Anwesenden klar zu machen wissen wird, für wen er den Normalarbeitstag fordert, oder er hat zahlreiche Arbeiter großer Güter in der Versammlung, welch' letztere mit Maschinen und reichlichem Arbeitspersonal versehen, dann gerade so gut wie in der Industrie ihren Normalarbeitstag innezuhalten vermögen. Ausnahmsfälle längerer Arbeitszeit für kurze Zeit zugelassen, wenn z. B. überhäufte Erntearbeiten und drohende schlechte Witterung das rasche Bergen der Ernte bedingen. Ausnahmen in gewissen Ausnahmefällen hat das socialistische Arbeiterschutzgesetz für die Industrie ebenfalls zugegeben. Also diese, Herrn Dr. Mülberger so abnorm und ungehörig erscheinende Frage läßt sich unter Umständen mit großem Erfolg in einer Bauernversammlung erörtern, und die Resultate, die wir thatsächlich in weiten Bauernbezirken erreicht haben, beweisen, daß seine Ausführungen unstichhaltig sind. Sollte er übrigens glauben, daß ein Normalarbeitstag auf dem Lande eine ungeheuerliche Forderung sei, die vielleicht nur ein staatswüthiger Socialist stellen könne, so empfehle ich ihm die Schrift des Professors v. d. Goltz über die ländliche Arbeiterfrage zum Studium, welcher als höchst conservativer Mann für die Hochsommermonate eine elfstündige, für die Frühjahr- und Herbstmonate eine zehnstündige, für die Wintermonate eine neunstündige Normalarbeitszeit vorschlägt. Daß sich diese Vorschläge nur auf das Arbeitspersonal beschränken, nicht den Bauern und seine Angehörigen treffen, ist so selbstverständlich, wie ein Normalarbeitstag in der Industrie nicht die Arbeitszeit des selbstständigen Kleingewerbetreibenden und seiner etwa mithelfenden Frau oder seines Sohnes betrifft.

Genau so verhält es sich mit dem zweiten Einwand gegen den socialistischen Agitator: er spreche von der Progressivsteuer, was dann den Bauer zu dem Glauben bringe, daß er noch weit mehr Steuern als jetzt zahlen solle. Ich wette Hunderttausend gegen Eins, daß wenn

ein Socialist in einer Versammlung über die Steuern sprach, er zu allererst die verschiedenen Steuersysteme erörtert und der Versammlung ganz klar gemacht hat, unter welchem Druck, namentlich die ärmeren von ihnen, durch die indirecten Steuern litten. Er wird ihnen höchstwahrscheinlich dieses sogar durch Zahlen verdeutlicht und weiter ausgeführt haben, daß man diese beseitigen und an ihre Stelle eine directe Progressivsteuer, die hauptsächlich die Reichen treffe, einführen müsse. Wenn nach solchen Ausführungen der arme kleine Bauer, der nur wenige hundert Thaler jährlich Einkommen hat, noch glaubt weit mehr bezahlen zu müssen als bisher, so muß er ein sehr beschränkter Kopf sein, und von solchen mag es zwar einzelne Exemplare, aber sicherlich nicht ganze Dörfer und ganze Bezirke voll geben, wie Herr Dr. Mülberger zu glauben scheint.

Der dritte Punkt ist, daß der Socialist von dem gleichen Recht redet, das Alle an dem Grund und Boden haben. Auch hier wird er sich auf alle Fälle Mühe gegeben haben, nicht in der Weise zu reden, wie Herr Dr. Mülberger ihn reden läßt, sondern er wird erörtert haben, wie der Bauer durch steigende Steuern, durch steigenden Kapitalzins, höheren Arbeitslohn, ungenügende Ausnützung und Bewirthschaftung seines Bodens, wegen mangelnden Düngers, mangelnder Drainage-Einrichtungen, ungenügender Viehzucht 2c. 2c. zu Grunde geht, wie hundert Dinge, die anzuschaffen und einzurichten sind und den höchsten Ertrag sichern, nur durch Betrieb im Großen, also die Association Aller, erreicht werden könnten. Und der Bauer, der heute fast überall rechts oder links einen Großbetrieb vor Augen hat, oft mitten in solche eingeschlossen ist, weiß dessen Vortheile zu gut zu würdigen, als daß ihm nicht bei solchen Ausführungen seine Lage klar werden sollte. Und wenn selbst dieser Punkt, weil er nicht ganz leicht zu behandeln ist und das stärkste Vorurtheil des Bauern gegen sich hat, nicht sofort durchschlagenden Erfolg erzielte, ist dann das ein Grund, sofort davon abzustehen? Soll das Vernünftige und allein Richtige deshalb verlassen werden, weil eine Anzahl Menschen aus mangelnder Einsicht, mangelndem Begriffsvermögen und falsch verstandenem Interesse nicht sofort begreifen? Sind nicht unter uns Tausende, die nicht einmal in der äußerst ungünstigen Lage des isolirten Bauern auf dem Lande gelebt haben, die Jahre brauchten, ehe sie sich zu ihrer jetzigen Ansicht durcharbeiteten? Und haben wir nicht trotz aller Ungunst der Verhältnisse gerade unter der Bauernbevölkerung Erfolge erzielt, die uns selbst, ich sage das unverholen, auf's Höchste überraschten?

Von den gegen 600,000 Stimmen der letzten Reichstagswahlen sind ein bedeutender Theil Bauernstimmen, ein anderer Theil sind Kleingewerbetreibende- und Beamtenstimmen, der Rest Arbeiterstimmen. Herr Dr. Mülberger befindet sich in einem bedeutenden Irrthum, wenn er glaubt, die Agitation unter Industriearbeitern sei sehr bedeutend leichter, als unter Bauern. Wäre dies der Fall, so müßten wir an reinen Arbeiterstimmen weit mehr haben, als unsere ganze Stimmenzahl ausmacht. Und endlich ist diese Stimmenzählung unter den heutigen Verhältnissen keineswegs genau. Wenn viele Arbeiter schon sich scheuen, an die Wahlurne zu treten und ihren verrätherischen Zettel abzugeben, so ist das bei dem Bauern noch viel schlimmer. Er kann nicht wie der Arbeiter seinen Wohnort wechseln, ihm kann auf Schritt und Tritt geschadet werden, ohne daß er irgendwo Hülfe und Unterstützung findet. Es bewiese keine große Einsicht in die ländlichen Verhältnisse, wenn man den Einfluß des Pfarrers, des Dorfschulzen, der reichen Grundbesitzer, kurz der Dorfhonoratioren nicht hoch anschlagen zu dürfen meinte.

Und nun einige Worte über den geschickten conservativen Candidaten. Wenn ein Candidat als Regierungsbeamter so spricht, wie Herr Dr. Mülberger ihn sprechen läßt, so ist anzunehmen, daß der politisch ungeschulte Bauer ihn wählt, vorausgesetzt, daß nicht der Socialist dem Regierungsmann im Nacken saß und den Bauern bewies, daß der Mann nicht halten kann, was er versprochen. Die große Mehrzahl soll ihn dennoch gewählt haben, denn der Mann ist ein Regierungsbeamter und hat bei der Verwaltung gerade des Staates Einfluß, den der Bauer, nach Herrn Dr. Mülberger's Ansicht, als „Anarchist" haßt; er zieht natürlich die Versprechungen des einflußreichen Mannes den schönen Aussichten für die ferne Zukunft des Socialisten vor, und er kann auch nicht sofort glauben, daß die Versprechungen nicht gehalten werden. Ist er aber ein-, zwei-, dreimal hintergangen worden, sind die Steuern höher, Alles theurer, mit einem Wort die Zeiten trotz alledem schlechter geworden, so hat das Vertrauen ein Ende.

Ich versichere Herrn Dr. Mülberger, was den Socialisten bisher in Deutschland gefehlt, das ist nicht das Vertrauen der Bauern, sondern die genügenden Mittel und agitatorischen Kräfte; die „Vereinigungspunkte" sollen sich schon finden, aber nicht im Proudhon'schen Sinne. Die conservativen Blätter sollten von der felsenfesten conservativen Gesinnung der Bauern wenig erbaut sein.

Ob das Kleinbauernthum erst in 50 oder 100 Jahren durch den Groß- und Kapitalbesitz expropriirt wird, ist für uns ziemlich gleichgültig. Es wäre sehr naiv, zu glauben, daß der Socialismus erst dann Aussicht auf Verwirklichung habe, wenn der letzte kleine Bauer und der letzte kleine Gewerbetreibende vom Boden verschwunden sei. Es sind hundert andere Punkte, von denen aus, wider Willen, dem Socialismus in die Hände gearbeitet wird und welche seine Verwirklichung in größere Nähe rücken dadurch, daß sie die Ideenumwandlung gewaltig beschleunigen.

Herr Dr. Mülberger glaubt uns vor Illusionen warnen zu müssen, indem er auf den Gegensatz zwischen Bauer und Socialist in Frankreich hinweist. Ich würde mich wundern, wenn es dort anders wäre. Unsere französischen Genossen verstehen vortrefflich zu conspiriren und zu revolutioniren, aber sie haben bis jetzt nicht verstanden, systematisch zu agitiren. Ich bewundere ihren revolutionären Elan, die leichtherzige Freudigkeit, mit der sie ihr Leben für eine Ueberzeugung opfern, aber als Muster möchte ich sie den deutschen Socialisten vorläufig nicht empfehlen.

So lange unsere Genossen jenseits der Vogesen nicht begreifen, daß Paris nicht Frankreich ist, so lange sie nicht begreifen, daß eine unermüdlich praktisch und systematisch betriebene Agitation über das ganze Land eine Lebensfrage für sie ist, so lange sie nicht begreifen, daß an Stelle der revolutionären und anarchistischen Phrase und des sectirerischen Schulstreits der Socialismus als Wissenschaft treten muß, mögen sie noch drei und vier Mal ihr Blut und ihr Leben in die Schanze schlagen, so bleiben sie auf demselben Fleck wie heute.

Wer hat aber diese unfruchtbare sectirerische Bewegung am meisten genährt? Wer hat seinen Einfluß benutzt, die französischen Arbeiter von praktischer agitatorischer und politisch-socialer Thätigkeit fern zu halten? Niemand anders als Proudhon, dessen unwirksame und confuse Lehren Herr Dr. Mülberger jetzt den deutschen Socialisten imputiren möchte, nachdem die französischen anfangen, sie in ihrer Nichtigkeit zu erkennen.

Derselbe Proudhon, der nach dem Staatsstreich in seiner Schrift: „Die sociale Revolution durch den Staatsstreich vom 2. December" nicht etwa voll Entrüstung den Urheber des Staatsstreichs

bekämpfte, sondern Louis Napoleon als das Haupt des Socialismus, den Vertreter der Revolution betrachtete und ihn aufforderte, getreu seinem revolutionären Ursprung das Programm der Revolution zu verwirklichen, dieser selbe Proudhon fordert dann 13 Jahre später, als er endlich die wahre Natur des 2. December erkannt, die Arbeiter auf, die sich wegen der Frage der Betheiligung an den Wahlen an ihn gewandt: „durch Abgabe weißer Stimmzettel an den großen Wahltagen zu protestiren", „ihre Aechtung stillschweigend hinzunehmen", „weil der Eintritt in den gesetzgebenden Körper ein Widerspruch, ein Act der Feigheit sei."

Handeln ist also nach Proudhon Feigheit, eine Aechtung stillschweigend hinzunehmen „revolutionäre" Energie. Wenn den deutschen Socialisten Jemand die Enthaltsamkeit vom allgemeinen Stimmrecht predigte, sie würden ihn auslachen, und wenn er wagte, das als echt „revolutionär" zu bezeichnen, so würden sie ihn für unzurechnungsfähig erklären.

Proudhon hat durch seine Schrift: „Die sociale Revolution" dem 2. December moralisch sehr genützt, und ich begreife, daß Louis Napoleon so eilig bereit war, auf Ansuchen des Verfassers die Beschlagnahmemaßregel seines ungeschickten Polizeichefs wieder aufzuheben; und mit seinem die Stimmenthaltung predigenden Manifest von 1864 hat er dem 2. December auch materiell genützt. Hätten wir in Deutschland einen Proudhon, d. h. wäre ein solcher möglich, Herr Bamberger hätte nicht nöthig gehabt, in einem geistreichen Artikel die „Vervollkommnung" des allgemeinen Stimmrechts nach rückwärts vorzuschlagen.

Herr Dr. Mülberger glaubt uns vor Ueberschätzung des allgemeinen Stimmrechts warnen zu müssen. Wenn es unter uns Stimmrechts-Enthusiasten giebt, die es für eine Wünschelruthe ansehen, so lassen wir uns diese Warnung gefallen, aber für die ungeheure Mehrheit von uns ist sie vollständig überflüssig. Wir sind viel zu nüchtern, um nicht eingesehen zu haben, daß wir neben mancher neu eroberten Position auch bereits innegehabte, wenn auch mit relativem Erfolg, wieder verloren, und andere, auf die wir gehofft, nicht gewonnen haben. Im Ganzen aber können wir mit unsern Erfolgen zufrieden sein, und wenn die französischen Socialisten ebenso systematisch das nahezu dreißig Jahre in ihren Händen liegende Stimmrecht ausgebeutet hätten, wie die deutschen während zehn Jahren, so stünden die Dinge heute dort wesentlich anders, und vielleicht würden nicht Tausende unter der heißen Sonne und der Peitsche der Kerkermeister Neu-Caledoniens elend zu Grunde gehen, andere Tausende als Flüchtlinge in der Fremde umherirren. So weit man einem einzelnen Menschen die Verantwortung für allgemeine Vorgänge überhaupt zuschreiben kann, fällt die volle Verantwortung auf des todten Proudhon Haupt.

Nach diesen Ausführungen wird es Herrn Dr. Mülberger einleuchten, daß ich die Bedeutung jenes Wahlmanifestes von 1864, das er in dem Februarheft der „Neuen Gesellschaft", als zur Vorgeschichte der Commune gehörig, abdrucken ließ, mit ganz anderen Augen ansehe wie er.

Und wenn die Haltung eines Menschen bei wichtigen Ereignissen in seiner Vergangenheit einen Schluß rechtfertigt für seine Haltung bei ähnlichen Ereignissen in der Zukunft, welches Prognostikon hätten wir dann dem todten Proudhon für die Commune zu stellen?

Er würde die Communekämpfer im Stich gelassen haben, wie er die Junikämpfer im Stich gelassen hat. Er würde in den blutigen Mai-

tagen von 1871 dem „majestätischen Rollen des Donners der Kanonen" hübsch weit vom Schuß zugehorcht haben, wie er dies in den Junitagen von 1848 gethan. Und wie er wenige Tage nach der Juni-schlacht, als kaum das Pflaster von dem Blut der niederkartätschten Arbeiter trocken geworden, viele Tausende gefangener Junikämpfer und Kämpferinnen alle Gefängnisse überfüllten und die grausamste Behandlung Seitens der Sieger erdulden mußten, die Kammer aber als Vertreterin der Bourgeoisie dem Siegestaumel und den Ausbrüchen wildesten Hasses gegen das Proletariat sich hingab, — wie damals Proudhon in die Nationalversammlung schritt und dort feierlich vor den Feinden der Revolution sein Finanzproject über „die Organisation des Credits und der Circulation und Lösung der socialen Frage" auf den Tisch legte und ihnen seine Annahme empfahl, aber mit seinem confusen Project sich dem Spott vor ganz Frankreich aussetzte*), so würde er nach den Maitagen der Commune wahrscheinlich unter die bluttriefenden Henker in Versailles getreten sein und dort ein ähnliches Project über „die Organisation des Credits und der Circulation und Lösung der socialen Frage" vorgelegt haben. Die Kammer würde ihn vermuthlich mit Hohngelächter empfangen haben, — und was die Socialisten dazu gesagt haben würden, brauche ich nicht erst auszusprechen.

Und nicht mehr und nicht weniger als ein solch' confuses Proudhon'sches Project über die Organisation des Credits und der Circulation ist es, auf das Herr Dr. Mülberger anspielt, indem er uns räth, um den Bauern einzufangen, für ihn den Credit „socialistisch" zu organisiren, damit er auf 3, 2, 1 pCt., warum schließlich nicht auf — „Nichts", das Proudhon'sche „Nichts", falle. „Der Bauer ist in dieser Beziehung überaus empfänglich", sagt er. Warum sollte er auch nicht? Wenn wir dem Kleingewerbetreibenden den 11- und 12procentigen Credit des Schulze'schen Vorschußvereins oder den 15- und 20procentigen Credit des Wucherers auf 5, 3, 2, 1 pCt. und schließlich auf „Nichts" ermäßigen, vorausgesetzt nämlich, daß sich ein solch' „socialistisches" Creditsystem überhaupt herstellen ließe, so würden wir auch den beschränktesten Zunftmeister gewinnen. Das hieße dann das Zwerggewerbe und die Zwergackerwirthschaft verewigen, die Erlösung des Proletariers unmöglich machen, den Culturfortschritt an der Wurzel abschneiden. Das hieße nicht socialistisch-revolutionär, sondern spieß- und kleinbürgerlich-reactionär gehandelt, so sehr sich Herr Dr. Mülberger gegen das „Kleinbürgerlich" glaubt wehren zu müssen.

Man kann mir selbstverständlich nicht zumuthen, mich hier weiter auf die Widerlegung eines Projectes einzulassen, das der Verfasser selbst nur dunkel andeutet, und dessen wahren Sinn man nur begreifen kann, wenn man weiß, was der Erfinder eigentlich sich darunter gedacht. Mag Herr Dr. Mülberger mit seinem „anarchistisch-socialistischen" Credit- und Circulationssystem sich uns deutlicher erklären, die Antwort soll dann nicht fehlen.

A. B.

*) Als ein Zeichen, von welch' maßloser Eitelkeit und welch' niedriger Eifersucht gegen jeden ihm Ebenbürtigen Proudhon beseelt war, diene die Anführung seines eigenen Ausspruchs über seine Stellung in jenen Tagen: „Orgueil ou vertige, je crus que mon tour était venu. C'est à moi, me dis-je, de me jeter dans le tourbillon. — Et de ma banquette de spectateur je me précipitais, nouvel acteur, sur le théatre." „Stolz oder von Schwindel erfaßt, glaubte ich, daß meine Zeit gekommen sei. An Dir ist es jetzt, sagte ich mir, Dich in den Strudel zu werfen. Und als neuer Mitspieler stürzte ich mich von meinem Zuschauerplatz auf die Bühne." (Conf. Ch. XI.) Diese Zeilen charakterisiren den Mann; er wollte nur auf der Bühne sein, um sich bewundern zu lassen; daß er sich lächerlich und verächtlich machte, begriff er nicht.

Zur Frage des staatlichen und communalen Gewerbebetriebes.

Heft 9 der „Zukunft" enthält einen sehr schätzenswerthen Artikel „über den Gewerbebetrieb der Communen", schätzenswerth zunächst wegen der großen Klarheit, mit welcher diese Frage behandelt ist, sodann aber auch deshalb, weil er neue Gesichtspunkte auf diesem Gebiete eröffnet und zur Discussion über diese noch lange nicht erschöpfend genug behandelte Frage anregt.

Schreiber dieses, der sich lediglich aus letzterem Grunde veranlaßt fühlt, seine Ansicht über den in Rede stehenden Gegenstand auszusprechen, ist mit dem Verfasser des erwähnten Artikels, was den Gewerbebetrieb durch den heutigen Staat anbetrifft, im Großen und Ganzen einverstanden, indem er nämlich gleichfalls der Meinung beitritt, daß der Klassen- und Militärstaat die Vortheile, welche demselben durch den von ihm geleiteten Gewerbebetrieb erwachsen, nicht zum Besten der Allgemeinheit, sondern zunächst zu seinem eigenen Nutzen ausbeuten wird. Es liegt das zu sehr in der Natur der Sache, als daß es dafür noch eines näheren Beweises bedürfen sollte. Dennoch sollte man sich aber nicht so ohne Weiteres dagegen aussprechen, daß auch schon der heutige Staat gewisse Zweige der Production in die Hand nehme, und zwar wegen eines sehr gewichtigen Umstandes, den der geschätzte Herr Verfasser außer Acht gelassen hat.

Es ist nämlich eine Thatsache, für welche die betreffenden Arbeiterkreise selbst Zeugniß ablegen können, daß die Arbeitskraft des Einzelnen in den vom Staate unterhaltenen Werkstätten niemals in so unvernünftiger Weise ausgebeutet wird, wie dies von Seiten des kapitalbesitzenden Privatunternehmers geschieht. Zwar ist es richtig, daß die im Staatsbetrieb beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten pecuniär nicht besser gestellt sind, als die im Dienste eines Privatunternehmers stehenden, allein während die Letzteren neben schlechter Bezahlung auch noch bis auf's Aeußerste angestrengt und ausgenutzt werden, trifft solches bei den Ersteren im Allgemeinen nicht zu. Es wird beim Staatsbetrieb mehr Rücksicht auf die Arbeitskraft des Einzelnen genommen, der Arbeiter kann hier mit einer größeren Ruhe die ihm zugetheilte Arbeit verrichten, während beim Gewerbebetrieb durch Private Alles darauf ankommt, den Lohnsclaven auszupressen und ihn sodann bei Seite zu werfen, um ihn durch einen anderen zu ersetzen, mit dem dann das nämliche Manöver gemacht wird. Es soll damit nicht gerade gesagt sein, daß der Staat aus reiner Humanität jene Rücksichten für das einzelne Individuum übt, es dürfte vielmehr in der Großartigkeit des Betriebes, sowie in dem aristokratischen Charakter der den Staatsbetrieb leitenden obersten Beamten, welche ja außerdem kein direct persönliches Interesse dabei haben, liegen, daß sie nicht mit jener berechnenden Grausamkeit bei der Ausbeutung der Arbeitskraft des Einzelnen vorgehen, wie dies von Seiten unserer, keines großherzigen Gedankens fähigen, Bourgeoisie geschieht.

Eine fernere Thatsache ist es, und es ist dieselbe gewissermaßen die Consequenz der ersten, daß die Arbeiter, die beim

Staatsbetrieb beschäftigt sind, nicht so umhergeworfen werden, wie dies mit den beim Privatbetrieb Beschäftigten der Fall ist. Die Ersteren werden nicht sofort bei eintretendem Arbeitsmangel entlassen, die in diesem Falle entstehende Reserve wird nicht so ohne Weiteres auf's Straßenpflaster geworfen; mag dies zunächst auch wieder seinen Grund in Sonderinteressen haben, jedenfalls ist der Arbeiter hier weniger der Laune und Willkür des Arbeitgebers unterworfen. Wir meinen, dies seien doch gewichtige Gründe, welche die Uebernahme des Betriebes gewisser Gewerbe durch den Staat, auch schon durch den heutigen, als wünschenswerth erscheinen lassen könnten, wenigstens dürften die hier angeregten Gesichtspunkte einer Discussion nicht unwürdig sein, und lediglich aus diesem Grunde wollte der Verfasser sie geltend machen.

Was nun den Gewerbebetrieb durch die Communen betrifft, so möchten wir hier den vom Verfasser des oben angezogenen Artikels gemachten Ausführungen fast bedingungslos beitreten, gleichzeitig aber auch der Redaction der „Zukunft" Recht geben, daß in der allmählichen Uebernahme des Wirthschaftsbetriebes durch die Gemeinden, unter gleichzeitiger Demokratisirung der communalen Einrichtungen, die sicherste Gewähr für eine durchaus friedliche Lösung der socialen Frage liegt. Aber gerade auf diese Demokratisirung kommt es an und wir halten es daher für die Pflicht aller Anhänger des demokratischen Socialismus, sich an jeder Communalwahl in umfassendster Weise zu betheiligen. Wir wissen, es giebt heute noch Viele unter unseren Anhängern, welche meinen, die Socialdemokratie müsse sich gegenüber den städtischen Wahlen passiv verhalten, so lange, als nicht auch hier das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung eingeführt sei. Diese Ansicht ist durchaus falsch. Wenn auch die Schwierigkeiten, welche uns bei den Communalwahlen in Folge des reactionären Klassen-Wahlgesetzes entgegentreten, unendliche sind, so sind doch alle Diejenigen, welchen ein Recht, sich an diesen Wahlen zu betheiligen, zusteht, verpflichtet, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Es muß die Axt dem morschen Baum des Vorrechts an die Wurzel gelegt werden; zwar wird er nicht auf den ersten Hieb fallen, aber er wird fallen, wie er ja thatsächlich schon in vielen Städten unter den wuchtigen Hieben der Unseren hat sinken müssen, indem es gelang, Anhänger des Socialismus in die Stadt-Vertretung zu bringen. Dies möge man wohl berücksichtigen; man wird so am besten die Gegner davon überzeugen können, daß ihr Gerede von der Anwendung der rohen Gewalt bei Durchführung der socialdemokratischen Ideen eitel Phrase ist, und daß wir dieser rohen Gewalt, zu der man die Arbeiter, besonders in neuerer Zeit wieder, so gern drängen möchte, durchaus nicht zur Verwirklichung unserer Ideen bedürfen, daß sich vielmehr alle gesellschaftlichen Einrichtungen auf die friedlichste Weise zu unsern Gunsten umwandeln lassen, und daß, sollte einmal eine gewaltsame Explosion des angehäuften Zündstoffes erfolgen, nur Diejenigen dafür verantwortlich zu machen sind, welche durch ihr Uebelwollen den Anlaß dazu gegeben haben.

Es könnte schon jetzt eine große Anzahl von Verbrauchsgegenständen durch den Communalbetrieb hergestellt werden; und da dieser Betrieb auf viel rationellere Weise vor sich gehen könnte, so würden die Ausgaben der Communalverwaltung dadurch um ein Bedeutendes verringert werden *), was wiederum für die Steuer-

*) Ohne eine Preiserhöhung der erzeugten Producte könnten die Communen aus der Uebernahme der Gewerbebetriebe bedeutende Einnahmen erzielen, nur durch die bessere und billigere Organisation beim Gewerbebetrieb und den Wegfall des Zwischenhandels.
Anm. d. Red.

zahler eine bedeutende Erleichterung sein würde. Je mehr demokratische Elemente nun aber in den städtischen Verwaltungskörper kämen, desto mehr würden die hier hervorgehobenen Vortheile und Erleichterungen der Allgemeinheit zu Gute kommen, und das ist es, wonach wir streben müssen und worauf wir hiermit aufmerksam gemacht haben wollen.

Wir können darauf verzichten, diejenigen Productionszweige hier nochmals aufzuführen, auf welche sich der Gewerbebetrieb durch die Communen zunächst zu werfen hätte, da dies ja schon von dem Verfasser des ersten Artikels genügend geschehen ist. Auch wir sind aber der Meinung, daß, wenn unsere Partei einmal so weit ist, ein Wort bei der Verwaltung des Staates mitreden zu können, daß dann bei einem bereits vorhandenen weitverzweigten Staatsbetrieb die socialistischen Principien viel eher verwirklicht werden können, als wenn dieser Staatsbetrieb erst ganz neu geschaffen werden soll. Möge man daher die angeregte Frage der Inangriffnahme des Gewerbebetriebes durch Staat und Gemeinde unter den heutigen Verhältnissen nach allen Seiten erwägen, dann wäre der Zweck dieser Zeilen erreicht! B—d.

Zur wirthschaftlichen Krisis.

I.

Z—. In gewissen für höhere Schulklassen bestimmten Rechenlehrbüchern findet man die Aufgabe, zu calculiren, ein wie großes Kapital entstanden wäre, wenn Jemand zu Beginn unserer Zeitrechnung einen Pfennig zu 5 pCt. Zinsen ausgeliehen und er und seine Erben Zins und Zinseszins unaufhörlich und ohne Abzug bis zum heutigen Tag aufgehäuft hätten. Wenn wir uns recht erinnern, ergiebt die Rechnung einen Geldwerth, der mehreren Erdkugeln von reinem Golde entsprechen würde. — Dieses Rechenexempel illustrirt recht schlagend jene naive, von der liberalen Oekonomie aber nicht unabsichtlich gehegte Anschauung, als sei das auf Zinsen angelegte Kapital ein fabelhaftes Ding, das sich von selbst vermehre, spontan wachse, und zwar in unendlicher Progression, ohne absehbare Grenze. Wäre diese Ansicht nicht so sehr verbreitet, übte sie nicht ihren geheimen Einfluß bis hinauf in diejenigen Kreise, welchen als Unternehmern, Staatsmännern, Schriftstellern die Leitung der wirthschaftlichen Angelegenheiten obliegt, so müßten, trotz aller Interessen, die durch diese Erkenntniß vielleicht verletzt werden, die wahren Ursachen der Ueberproduction und der nun bereits fünf Jahre dauernden industriellen Krisis schon längst deutlich und allgemein bekannt sein.

In Nr. 6 dieser Blätter befand sich ein trefflicher Artikel, welcher, man kann sagen, mathematisch nachwies, wann und wie Ueberproduction entsteht. Die Kapitalisten kaufen sich Arbeitskräfte und lassen alle möglichen Waaren zum Verkauf produciren. Dem Arbeiter geben sie durchschnittlich nur soviel, daß er seinen gewohnheitsmäßigen Lebensunterhalt bestreiten kann; würden sie ihm mehr bezahlen, so wäre der Zinsgenuß ihres Kapitals geschmälert: denn diese Zinsen entspringen ja aus dem Unterschiede zwischen dem Preis der Arbeit und dem Preis der verarbeiteten Waaren. Wer soll nun aber diese Waaren kaufen? Wenn die Arbeiter z. B. nur die Hälfte des Waarenpreises oder weniger bekommen, so können sie höchstens die Hälfte für sich verbrauchen; die Kapitalisten aber wollen oder können nur einen gewissen Theil des ihnen zugefallenen Einkommens verwenden, den anderen legen sie productiv an. Sie lassen Eisenbahnen, Fabriken u. s. w. bauen und verwenden so den Rest der von ihnen selbst und den Arbeitern nicht consumirten Waaren als Lebensunterhalt für die bei den productiven Unternehmungen beschäf-

tigten Arbeiter und für das dabei verbrauchte Material. Das könnte immer so weiter gehen, wenn die Kapitalisten nur für den eigenen Gebrauch productive Anlagen machen ließen, d. h. die in denselben erzeugten Waaren ꝛc., nach Abzug der für den Arbeiter zu verwendenden, selbst genießen wollten. Das liegt ihnen aber ferne; sie wollen die Waaren verkaufen, um ihr Geldeinkommen zu vergrößern. Da nun Niemand da ist, der sie ihnen abkaufen könnte, so ist die Ueberproduction eingetreten. Das ist, in großen Umrissen gezeichnet, der Gang der Verhältnisse, ist einfach und auf der Hand liegend und ließe sich unschwer in algebraischen Formeln darstellen. — Wir leben in einer Periode der Ueberproduction, so lange die Kapitalistenklasse ihr Einkommen zu vergrößern sucht, ohne ihre Ausgaben proportional wachsen zu lassen. Natürlich kann ihr das als Ganzes nie gelingen, sondern nur immer einzelnen besonders befähigten oder durch die Verhältnisse begünstigten Mitgliedern derselben; dagegen müssen aber Andere ihre Ausgaben in umgekehrter Proportion mit ihrem Kapitaleinkommen sich vermehren lassen. Das geschieht, indem sie sich an solchen Unternehmungen betheiligen, welche, wie man sich auszudrücken pflegt, nicht rentiren, mit anderen Worten, indem sie ihr Kapital verzehren, ohne freilich einen Genuß dabei zu haben. Nun treten seit langer Zeit Perioden ein, in denen die unrentablen Unternehmungen sich häufen; diese Krisen sind in ihrem Eintritt durch mancherlei zufällige Ereignisse des wirthschaftlichen, politischen und socialen Lebens bestimmt, auf die hier jetzt nicht eingegangen werden kann. Vielmehr wollen wir zunächst an der Hand einer kürzlich erschienenen Schrift von G. de Laveleye*) ein paar Gesichtspunkte zur Erklärung der besonderen Umstände, welche die diesmalige Krisis begleiten, hervorheben.

„Das charakteristische Zeichen der Krise, welche seit 1873 auf der ganzen Welt wüthet," beginnt Herr Laveleye seine ursprünglich in der Form von Zeitungsartikeln erschienene Schrift, „ist ein enormer Ueberfluß an Geld," von unangewandt daliegendem Kapital. „Die gegenwärtige Lage ist deshalb durchaus nicht vergleichbar mit denjenigen von 1837 und 1848, und besonders nicht mit denen, welche den letzteren 1857 und 1866 gefolgt sind." Damals war die Einschränkung des Credits ein begleitender Umstand des Stillstands in Handel und Industrie, und verschiedene Ereignisse traten ein, den Krisen ein rascheres Ende zu machen (z. B. der Secessionskrieg in Amerika, der wie jeder Krieg der Ueberproduction natürlich entgegenwirkte). „Der Gang dieser Krisen war immer derselbe; die Störung kündigte sich an durch große Unternehmungen der industriellen Speculation; eine Einschränkung des Credits, das Verschwinden des disponiblen Kapitals bestätigte ihre Existenz, sie ging über in eine Periode der Stille und des Marasmus, während dessen die früheren Unternehmungen liquidirten und die Kassen sich wieder füllten. Dann wurde der Vorwärtsmarsch wieder aufgenommen und das speculative Europa begann einen neuen Feldzug."

„Jetzt ist es nicht mehr so. Seit vier Jahren (jetzt bald fünf) wüthet die Krisis, und, einigen Optimisten zum Trotz, sieht man noch nirgends die Vorzeichen der Rückkunft einer commerciellen Thätigkeit, sei sie commerciell oder speculativ."

In letzterer Beziehung hat sich die Lage seit der ersten Veröffentlichung dieser Aufsätze im April 1877 etwas geändert.

„Unterdessen sammeln sich die Kapitalien an, und wenn zwischen Engagements und Hülfsquellen eine Differenz besteht, so ist sie derjenigen, welche die früheren Krisen bezeichnete, entgegengesetzt: die Engagements sind fast null und die Hülfsquellen außerordentlich.

„Warum? — Wir zögern nicht, es auszusprechen, weil die gegenwärtige Krisis eine definitive Krise ist, und bestimmt, ihre Wirksamkeit auf einen kommenden Zeitraum zu erstrecken, dessen Ausdehnung wir nicht zu ermessen wagen möchten."

Das heißt mit anderen Worten: Bei früheren Gelegenheiten begannen die Kapitalisten, sobald sie sich von den Verlusten und der Angst etwas erholt hatten, von Neuem die Ueberschüsse ihres Einkommens über ihre Ausgaben in vermeintlich productiven Unternehmungen anzulegen, von denen ein Theil sich dann einige Jahre später als unrentabel erwies. Heute lassen sie ihr Kapital lieber unbenutzt liegen oder leihen es zu niedrigem Zinsfuß aus, als daß sie sich in

*) Georges de Laveleye. Du caractère de la Crise économique actuelle. Extraits du Moniteur des interêts materiels. Bruxelles, Imprimerie Guyot.

derartige Engagements einlassen. „Die Geldverleiher", sagt Laveleye, „d. h. England, Frankreich, Holland und allgemeiner alle Diejenigen, welche mit ihrem überflüssigen Kapital Handel treiben, nachdem sie die internen Bedürfnisse befriedigt haben, — wollten [mit dem Beginn der 1873er Krise] „ihr Geld wiedersehen", trotz den Enttäuschungen und den Schlägen, unter denen sie beim Vollzug dieses Actes seufzen mußten.*) Der Eifer und die Enttäuschungen waren dabei so groß, daß sie sich nicht mit der gemachten Probe begnügten; sie bedurften mehr. Eine neue Art von Geiz kam über sie: der Anblick ihrer Schätze fesselte sie und ließ sie vergessen, daß die Function ihres Kapitals darin besteht, zu circuliren und circulirend zu produciren..... So auf der einen Seite, bei den borgenden Ländern, Stillstand der Arbeiten, da das Umlaufs-Kapital ihnen entzogen war; auf der andern Seite, bei den Ausleihern, eine Ueberfüllung mit disponiblem Kapital, das dem Auslande verweigert wurde und im Inlande, wo ein reichliches Umlaufskapital schon existirte, keine Verwendung finden konnte."

Wir müssen hier den Verfasser unterbrechen; er vergißt zu erwähnen, daß auch im Inlande beträchtliche Kapitalien zurückgezogen wurden; einmal aus dem allgemeinen Grunde, daß die Kapitalbesitzenden, ängstlich geworden, den Credit einschränkten, sodann weil eben durch die von uns angeführten Gründe der Ueberproduction in den verschiedenen Ländern, auch in denjenigen, die, wie Deutschland, gerade keinen großen Kapitalüberfluß haben, die productive Arbeit zum Theil sich als unproductiv erweisen mußte; und das um so mehr, wenn sie bei Erzeugung ihrer Waaren noch außerdem auf den Absatz nach den Ländern angewiesen waren, denen der Credit gekündigt wurde.

Es ist nun leicht einzusehen, daß die Krisen immer heftiger und anhaltender werden müssen. Das Kapital wächst fortwährend; je größer dasselbe ist, desto weniger sind die Besitzer desselben im Stande, das Einkommen aus demselben wirklich zu consumiren; desto mehr häufen sie es deshalb in Form von Gold und Silber auf oder consumiren es in unproductiven Anlagen. Auf der anderen Seite werden sie bei jeder eintretenden Krise vorsichtiger im Geldausleihen und verlängern so die Arbeitsstockungen immer mehr. — Indessen scheint es bei der jetzigen Krise noch besondere Gründe zu geben, welche veranlassen, daß das Kapital in größerem Maße wie bei früheren Gelegenheiten sich ansammelt, ehe es den neuen Feldzug beginnt.

Herr v. Laveleye führt dies darauf zurück, daß wir am Ende jener industriellen Epoche stehen, welche durch die Anwendung der Dampfkraft und Electricität auf den Verkehr in's Leben gerufen wurde. Die Erfindung des Dampfschiffes, der Locomotive, des electrischen Telegraphen hat es seit 40 Jahren möglich gemacht, eine große Anzahl productiver Anlagen zu schaffen. Jede Erfindung, welche neue Bedürfnisse erweckt, wirkt der Ueberproduction entgegen. Diejenigen, welche in der Lage sind, neue Bedürfnisse nach Gefallen zu befriedigen, werden nicht zögern, einen größeren Theil ihres Einkommens consumtiv anzulegen; bei Denen, welche es nicht im Stande sind, werden neue Wünsche rege, und bei passender Gelegenheit setzen sie wohl eine geringe Erhöhung ihres standard of life durch.

So hat man während der letzten 40 Jahre Europa und Amerika mit einem Eisenbahnnetz bedeckt, hat Telegraphen und Kabel angelegt, große Kanäle und Tunnel gegraben u. s. w. Es bleibt in Europa in dieser Beziehung nicht mehr sehr viel zu thun, auch in Amerika nicht, wo man schon sehr bedeutende Kapitalien auf unrentable Eisenbahnen verwandt hat. Man kann, meint Laveleye, seine Augen auf China und Japan werfen und diese Länder mit den Hülfsmitteln der Production und des Verkehrs versehen. Man kann den Isthmus von Darien durchstechen. Man kann die Landeisenbahn nach Indien durch Persien bauen. Man kann in's Herz von Afrika eindringen und das Cap, Natal und Transvaal versorgen. Man kann Australien mit inneren Communicationswegen durchziehen. „Man kann noch andere Unternehmungen versuchen; aber wenn man ermißt, was sich mit den Hülfsmitteln von England, Belgien, Frankreich, Preußen, den Vereinigten Staaten ausrichten ließe, so wird man uns zugeben, daß der Antheil eines Jeden sehr bescheiden sein und Kapital und Industrie nicht lange in Athem halten

*) In den meisten Fällen war das Seufzen recht überflüssig. Viel mehr Anlaß dazu hätten die auf's Pflaster geworfenen Arbeiter gehabt. Anm. d. Refer.

wird..... Wir werden uns wohl hüten, zu behaupten, daß der Fortschritt sein letztes Wort gesprochen habe, und daß nach den Eisenbahnen, den Telegraphen, den Häfen und den Docks, den Pferdebahnen und Markthallen die Ingenieur-Kunst nicht noch ein Mittel finden sollte, in nützlicher und fruchtbringender Weise neue Kapitalien auszugeben. Aber wir glauben behaupten zu können, daß das westliche Europa, nachdem es sich 1873 gesammelt, seine Kräfte concentrirt hat, sich dem Unbekannten gegenüber befindet....." In der That sind es gerade die liberalen Wirthschaftspolitiker, welche sich im Dunkel über Das befinden, was die wirthschaftliche Zukunft bringen wird; sie sind es, nicht die Socialdemokraten, die das Volk „dem Ungewissen in die Arme treiben." — Uebrigens malt Laveleye, das kann man zugeben, etwas zu schwarz; das ist auch die Ansicht einiger anderen Oekonomen, deren Recensionen seiner Zeitungsartikel er diesem Abdruck anhängt. Es steht zu vermuthen, daß in einiger Zeit das Kapital sich wieder lebhaft auf Unternehmungen wirft, die sich späterhin allerdings theilweise als unrentabel herausstellen. Nichtsdestoweniger wird wahrscheinlich der Kapitalüberfluß noch lange andauern. Herr de Laveleye und mit ihm einer seiner Recensenten, Paul Leroy-Beaulieu, sind der Ansicht, die Folge davon werde eine allgemeine Herabsetzung des Zinsfußes sein. Seither warf das Kapital, sagt Laveleye, folgenden Ertrag ab:

3—4½ pCt. bei unzweifelhaften Sicherheiten von erstem Range;

4½—6 pCt. bei reellen Sicherheiten zweiten Ranges;

6—8 pCt. für industrielle Anleihen und Commanditirungen;

8—10 pCt. für gewagte industrielle, finanzielle und speculative Unternehmungen.

In einer zukünftigen Periode, deren Länge sich nicht absehen ließe, meint Laveleye, würden diese Procentsätze herabgehen — auf 3, 4½, 6, 8 pCt.

Soweit Herr v. Laveleye. Derselbe stellt seine Untersuchungen im Hinblick auf die kapitalistischen Interessen an; fügen wir denselben noch ein paar Worte im Hinblick auf die Nicht-Kapitalisten zu und knüpfen wir an die zuletzt angeführten Ziffern an.

Wir sprachen oben den Satz aus, daß das Einkommen aus Kapital aus der Differenz zwischen dem Einkaufspreis und dem Verkaufspreis der Waaren — zu denen leider auch die menschliche Arbeitskraft gehört — entspringt. Der Verkaufspreis*) einer Waare wird zwischen den Kapitalisten und den Erzeugern der Waare getheilt. Steigt der Antheil der Letzteren, so zeigt sich das (unter sonst gleichen Umständen) an einem Herabgehen der allgemein üblichen Zinsrate. Ein solches Herabgehen bedeutet aber nicht immer eine Erhöhung des Arbeiterantheils. In dem uns vorliegenden Falle geht die durchschnittliche Zinsrate nicht herab, weil etwa der Antheil des Arbeiters an den producirten Gütern größer geworden wäre, sondern weil es dem Kapital schwerer fällt, productive Anlagen zu finden. Wenn der Besitzer eines Kapitals, von dem er früher ½ pCt. Zinsen monatlich gewann, dasselbe jetzt 2 Monate unbenutzt liegen läßt — die Fabrik steht leer, die Waggons füllen die Bahnhöfe, die Häuser sind unbewohnt — und die übrigen 10 Monate monatlich wie früher ½ pCt. „verdient", so hat er früher 6, jetzt aber nur 5 pCt. „gemacht"; der Arbeiter dagegen, wenn der Lohn derselbe geblieben und nicht etwa durch das große Angebot von Arbeit gefallen ist, hat jetzt nur ⅚ der früheren Einnahme. Für die Kapitalisten käme es nun freilich auf dasselbe hinaus, wenn sie das ganze Jahr arbeiten ließen, aber die Consumtionsfähigkeit der Arbeiter um so viel erhöhten, daß dieselben ihnen die Producte abkaufen könnten, die sie in den zwei Monate herstellen ließen.**) Daß sie aber eine solche Einrichtung träfen, dazu fehlt es ihnen an Allem: an der Einsicht, an dem guten Willen und selbst an der Möglichkeit der Ausführung unter dem System der freien Concurrenz.

*) Die Preise richten sich im Allgemeinen nach dem Quantum menschlicher Durchschnittsarbeit, das bei dem Stande der Technik nothwendig ist, die Waare zu erzeugen, d. h. die allgemein menschliche, gesellschaftlich nothwendige Arbeit ist der Hauptfactor der Preisbestimmung. Marx nennt ihn daher geradezu denjenigen, der den Werth der Waaren bestimmt. Im gewöhnlichen Sprachgebrauch versteht man jedoch unter Werth den ortsüblichen Preis der Dinge, der von dem Marx'schen Werthe oft bedeutend abweicht.

**) Angenommen, das stehende Kapital der Arbeitgeber betrüge 500 Mark, die monatlich verbrauchten Rohstoffe ꝛc. kosteten 300, die monatlich gezahlten Löhne 195 Mark, der Waarenerlös wäre 500, so erhalten in

Wie sehr die Einsicht mangelt, zeigt sich darin, daß sogar hochgestellte Beamte und gut redigirte Zeitungen die Herabsetzung der Löhne als das richtige Mittel, der Krise Einhalt zu thun, anpreisen. Nun kann zwar, das soll nicht bestritten werden, in einem beschränkten Zweig der Production eine Lohnerniedrigung (so lange sie nicht so weit geht, daß die Arbeiter an Arbeitskraft verlieren, was fast immer der Fall sein wird,) auf kurze Zeit anregend wirken: der bestimmte Artikel wird billiger geliefert und dadurch die Nachfrage gesteigert werden. Dagegen sind die den Artikel fabricirenden Arbeiter um so weniger consumtionsfähig geworden und helfen so nur die allgemeine Ueberproduction vergrößern. Leider wird das immer noch nicht begriffen, so mathematisch klar es auch auf der Hand liegt. — Daß bei Denen, die die Einsicht haben, der gute Wille fehlt, läßt sich zwar nicht beweisen, ist aber sehr wahrscheinlich; übrigens würde der gute Wille auch nicht helfen können; denn es mangelt, wie gesagt, die Möglichkeit der That. Der einzelne Fabrikant kann der Ueberproduction nicht entgegenwirken, er würde, wenn er nach dem in der Note angegebenen System verfahren wollte, in einer Periode der Absatzstockung sich sehr bald ruiniren. Zwar wird die erhöhte Consumtionsfähigkeit der von ihm beschäftigten Arbeiter der Ueberproduction im Allgemeinen etwas entgegenwirken, aber in seiner Fabrik würde er keinen Unterschied merken, und nur einen so geringen Bruchtheil seiner Waaren mehr verkaufen, daß derselbe verschwindend wäre. — Das ist die Wirkung der „freien Concurrenz". —

Um diese Krisen, die aus dem Mißverhältniß von Production und Consumtion entspringen, zu beseitigen, dazu giebt es nur ein Mittel, Regelung der Production nach der Consumtion und Ausgleichung der Consumtionsfähigkeit der verschiedenen Klassen, d. h. den demokratischen Socialismus.

Wir haben das „und" hervorgehoben, denn man ist in manchen Kreisen der Ansicht, daß schon eine Regelung der Production nach der Consumtion, ohne die Erhöhung der Consumfähigkeit in den arbeitenden Klassen, die Absatzstockungen und Krisen beseitigen würde. Regelung der Production läßt sich stricte nur durchführen, wenn die ganze Industrie und der Handel unter staatlicher Leitung oder doch einer solchen Aufsicht stehen, die einer Leitung gleichkommt. Es würde dann nur Das und Soviel producirt, als voraussichtlich gebraucht wird. Trotzdem ist auch hier beträchtliche Ueberproduction und Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen, so lange nicht gleichzeitig die Einkommen gleichmäßig vertheilt werden. Würde man nämlich den Kapitalisten — mögen dieselben noch als selbstständige Arbeitgeber, jedoch mit staatlicher Bevormundung existiren, oder vielleicht als hoch besoldete Beamte in Staatsdienst übergetreten sein — ihr unverhältnißmäßiges Einkommen lassen, sind einerseits Schwankungen in der Nachfrage nach den Consumartikeln nicht zu vermeiden, andererseits die Gefahr von Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen. Zwar wird bei den reichen Leuten weniger Neigung sein, ihr Einkommen nur theilweise zu verzehren, wenn sie gar keine Aussicht haben, den Rest „productiv" anzulegen; trotzdem dürfte es viele Leute geben, die ihr Einkommen lieber zu einem großen Vermögen auffammelten, als aufbrauchten. Würde nun dieses Einkommen in der Form von papiernen Anweisungen ausbezahlt, so wären bald große Mengen von Arbeitern überflüssig. Dem könnte man entgegenwirken, wenn es nur Geld aus edlen Metallen gäbe*); die Arbeiter hätten sich dann mit der Münzproduction zu be-

10 Monaten die Arbeiter 1950 Mark, die Kapitalisten 50. Von den 5000 M. Waaren werden 3000 zur Anschaffung von Rohstoffen neu verausgabt, die übrigen 2000 müssen von den Kapitalisten und den Arbeitern verzehrt werden. Würde das ganze Jahr gearbeitet, so hätten die Kapitalisten 60 Mark zu consumiren; vermögen sie aber nicht mehr als 50 zu verbrauchen, so stehen in Folge der Ueberproduction die Fabriken ꝛc. 2 Monate leer. Sie würden nun gar keine Schmälerung ihres Einkommens haben, wenn sie das ganze Jahr arbeiten ließen, anstatt 195 Mark aber 195⁵/₆ monatlich an Arbeitslohn zahlen würden. Es betrüge nämlich dann die jährliche Waarenerzeugung 6000 Mark, wovon 3600 für Rohmaterialien, Abnutzung des stehenden Kapitals ꝛc. verbraucht werden. Die Arbeitslöhne machen jetzt 2350 Mark aus, der Antheil der Kapitalisten 50; es tritt demnach, wenn beide Theile ihr Einkommen verzehren, keine Ueberproduction ein. Verloren hat dabei Niemand, gewonnen hat der Arbeiter.

*) Dies wäre indeß nicht mehr Regelung der Consumtion nach der Production zu nennen, sondern käme einem Consumtionsbefehl gleich.

schäftigen! Doch malen wir diesen plutokratischen Socialstaat nicht weiter aus: er ist, seiner Ungerechtigkeit wegen, ja doch ein Ding der Unmöglichkeit. Je mehr der Staat die Aufsicht und Leitung der Industrie übernimmt, desto leichter wird eine gerechte Vertheilung der Güter, und desto eher wird ihre Richtigkeit und leichte Durchführbarkeit im Volke eingesehen werden. Der Volksstaat aber wird die Absatzkrisen und Arbeitslosigkeit definitiv aus der Welt schaffen. Das gleichmäßig mittlere Niveau der Einkommen wird bewirken, daß weder einzelne Klassen große Summen aufsparen, noch daß sehr bedeutende Schwankungen in der Nachfrage eintreten können. Zeigt sich mehr Nachfrage nach Arbeit, so wird man einen Theil des Einkommens zu productiven Anlagen verwenden; allerdings verpflichtet man sich dadurch auch zu größerer Consumtion. Wenn es häufiger vorkommen sollte, daß einzelne Individuen größere Summen von Werthanweisungen für geleistete Arbeit aufhäufen, ohne sie jemals zu consumiren, wodurch freilich auch hier Absatzkrisen — allerdings in nur ganz geringem Umfang — eintreten müßten, so giebt es ja verschiedene Auswege, diesem Uebel entgegenzuwirken, z. B. indem man die Anweisungen nach bestimmter Zeit, etwa 99 Jahren, verfallen läßt. Doch dürften derartige Maßregeln kaum nöthig sein, weil im socialistischen Staate nicht nur die Möglichkeit, sondern auch fast alle jene psychologischen Motive wegfallen, welche heutzutage zum Ansammeln von Reichthümern anspornen.

Recensionen.

Fr. Meinig. Der Socialismus und unser täglich Brot. (Leipzig, Wigand, 1878. 26 S.)

Dieser Vortrag ist zwar antisocialdemokratisch (— Neues gegen unsere Theorien bringt er nicht vor —), kommt aber zum Schluß zu Vorschlägen, die trotzdem einen etwas socialistischen Beigeschmack haben. Sie betreffen die Beschaffung von billigen Nahrungsmitteln in Zeiten der Noth und Theuerung und verlangen hierzu Staatshülfe in verschiedener Form, z. B.: „Da nach den Erfahrungen arbeitslose und schlechte Zeiten periodisch wiederkehren" [hieran ist aber doch nur die heutige Productionsweise und Einkommensvertheilung Schuld], „so wünschen wir, daß der Staat eine Steuer einführt, vielleicht eine Börsenbesteuerung, und damit einen Fond gründet, aus welchem in Zeiten der Noth Getreideaufkäufe besorgt und Kornmarken unter die Bedürftigen vertheilt werden können." — Im Ganzen sind die Vorschläge etwas unklar und zum Theil veraltet (offenbar schweben dem Verfasser Cobden'sche Ideen vor); wir wollen uns deshalb auf eine Discussion derselben nicht einlassen, sondern nur constatiren, daß Herr Meinig selbst von seinem blos humanitären Standpunkt ohne „Staatshülfe" nicht auskommen zu können glaubt.

Berichtigung.

In Nr. 11, S. 333, in der Zusammenstellung nach der Tabelle wird die Zahl der zum Senat Wählbaren auf 99 auf 10,000 u. s. w. angegeben. Selbstverständlich muß es, wie in der Tabelle richtig angeführt, 0,99 u. s. w. heißen.

Für die Redaction verantwortlich: Fr. Milke in Berlin.